IGEL

Mitgliederzeitschrift der Grünen Jugend Bremen und Niedersachsen

Frühjahr 2017

GRÜNE JUGEND

WENN MÖGLICH
BITTE WENDEN!

WENN MÖGLICH
BITTE WENDEN!

IGEL

- FRÜHJAHR 2017 -

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER GRÜNEN JUGEND
BREMEN UND NIEDERSACHSEN

EDITORIAL

Für Smartphones und Computer, für den täglichen Trip mit der Straßenbahn, für das Licht, mit dem wir abends Bücher lesen, für das Erstellen und den Druck des Magazins, das Du in Deinen Händen hältst – ja, für unseren gesamten Lebensstil in Wohlstand brauchen wir Strom. Viel Strom. Der Strombedarf hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als vervierfacht. Und weil Energie so ein elementarer Faktor in jedem unserer Leben ist, müssen wir natürlich auch fragen: Wo kommt das Zeug eigentlich her? Wie wird Energie gewonnen und welche Folgen hat das? Was können wir, was kann die Politik tun, um die negativen Konsequenzen so klein wie möglich zu halten?

Der größte Anteil deutschen Strombedarfs wird konventionell gedeckt: Von fossilen Energieträgern wie Erdgas sowie Braun- und Steinkohle, aber auch Atomkraft. Diese Energiequellen haben diverse Nachteile. Fossile Kraftwerke haben einen enormen CO2-Ausstoß. Warum ist das schlimm?
Die globale Durchschnittstemperatur hat im letzten Jahrhundert um 0,74 Grad Celsius zugenommen. Im 2014 veröffentlichten Sachstandsbericht des von den UN eingesetzten Expertengremiums IPCC wird das Ausmaß des Klimawandels als „beispiellos" bezeichnet. Eiskernbohrungen ergeben, dass die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre so hoch ist wie seit 800.000 Jahren nicht mehr. Dass der Wandel des Klimas anthropogen, also menschengemacht ist, gilt als sicher. Das IPCC warnt vor dem „Tipping Point", einem globalen Umschlagpunkt, bei dem das klimatische Gleichgewicht irreversibel zerstört ist und selbst bei größten internationalen Anstrengungen die negativen Konsequenzen nicht mehr verhinderbar sind. Trotz vereinzelter Gegenredner*innen à la Trump lassen sich diese Ergebnisse als wissenschaftlicher Konsens bezeichnen. Klar ist also, dass etwa 130 deutsche Kohlekraftwerke eines nicht haben können: Keine Auswirkungen.

Und so kommt es, dass schon seit einiger Zeit das Eisschmelzen an den Polen beobachtet werden kann. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, werden riesige Landmassen vom Meer verschlungen. Auch die Wüstenbildung im globalen Süden wird weiter vorangehen. Wirtschaftlich nutzbare Flächen gehen verloren. Menschen verlieren ihre Heimat und Lebensgrundlage, bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlinge werden bis 2040 erwartet. Kleinere Inselstaaten pachten bereits Ländereien auf dem Festland. Und in Deutschland sind weitere Kohlekraftwerke in Planung.

Viele Menschen sagen nun: "Hey, also fossile Energieträger sind ja richtig doof! Aber Atomkraft – das ist ja viel sauberer, weil weniger Emissionen und so."
Es wäre so schön, wenn man diese Argumentation einfach so stehen lassen könnte. Das Problem ist: Atomkraft ist ein Risiko für sich. Tschernobyl und Fukushima sind zwei Beispiele „größter anzunehmender Unfälle" – GAUs. In Frankreich beobachten wir gerade eine Serie von AKW-Pannen. In Belgien steht ein Atomkraftwerk, das im wörtlichen Sinne auseinanderzufallen droht, direkt an der deutschen Grenze. Und die Technik der noch laufenden deutschen Atomkraftwerke ist 30 Jahre alt. Damals gab's nicht mal richtiges Internet. Und dann ist da noch der Fakt, dass bis jetzt noch kein Atommüllendlager gefunden ist. Die Forderung, die klimatischen Kosten der Fossilen mit dem Risiko der Nuklearen auszutauschen, ist ergo ein Trugschluss.

Das eigentlich Absurde ist: Konventionelle Energien werden massiv vom Staat subventioniert. Nur das macht sie so günstig. Würden die Gelder, die gerade in die Taschen der großen Vier, also den riesigen Energiekonzernen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall fließen, stattdessen dazu genutzt, eine nachhaltige, dezentrale Energieversorgung zu finanzieren, käme das nicht nur dem Klima zugute. Der große Vorteil an Wind- und Solarkraftanlagen ist, dass sich Bürger*innen in Genossenschaften an ihnen beteiligen können und damit am Profit partizipieren. Daher auch der Begriff „Bürger*innenenergiewende". Sie kann damit einen Beitrag zur Umverteilung leisten.
Zur Energiewende gehört auch die Abwendung vom Verbrennungsmotor. Nachhaltige Mobilität ist nicht nur für das Klima, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Autounternehmen unabdingbar.

Für die GRÜNE JUGEND ist deshalb ganz klar: Die Abkehr von den konventionellen Energien muss kommen. Unsere Beschlüsse sprechen eine klare Sprache: Wir wollen eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für jede Kommune sowie eine Kommunalisierung der Energieversorgung durch geförderte Bildung von Energiegenossenschaften. Wir fordern den Kohleausstieg und den Abzug von Kapital aus der fossilen Brennstoffindustrie. Wir solidarisieren uns mit Aktivist*innen. Wir fordern die Verstaatlichung von Stromnetzen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Strommarkt zu gewährleisten. Und wir fordern eine verstärkte Förderung der Forschung an erneuerbaren Energien.

Der Scherz, den wir uns mit dem Cover erlaubt haben, soll eines verdeutlichen: Die Energiewende liegt auch in Deiner Hand! Denn die beste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird. Jede früher ausgeschaltete Glühbirne trägt – wenn auch noch so wenig – etwas zur Wende bei. Wir finden, das hat etwas ermutigend Emanzipatorisches. Setz dich also zum Lesen der interessanten Artikel dieser Ausgabe des klimaneutral gedruckten Igels am besten an ein Fenster! :) Wir möchten Dich zu dieser Ausgabe vom Igel begrüßen und wünschen Dir viel Spaß beim Lesen!

Stachelige Grüße,
Die Igel-Redax (Katharina, Mariel, Svenja, Hendrik, Oskar, Gregor)

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL

ATOMMÜLL - WAS PASSIERT DAMIT EIGENTLICH?
VON HANNA KARSTE UND BERIT SCHÜTZE.....6

GASTBEITRAG VON MIRIAM STAUDTE.....10

WINDENERGIE UND NATURSCHUTZ - LÖSBARE KONFLIKTE?
VON HANS-JOACHIM JANSSEN.....12

EIN BERICHT VOM LANDESVORSTAND.....14

MARCEL BERICHTET ÜBER DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF
VON MARCEL DUDA.....16

LMV-BULLSHIT-BINGO.....17

INTERVIEW: EINE KLEINSTADT UND IHR ATOMKRAFTWERK
VON CHRISTIAN HINRICHS.....18

BRUTTOSTROMERZEUGUNG, BRUTTOINLANDSPRODUKT UND TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN IN DEURSCHLAND ZUR ENTKOPPLUNG VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND CO2 AUSSTOSS
VON LINUS SAGE.....24

HAMBACHER FORST - DER KAMPF GEGEN NATURZERSTÖRUNG UND WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN
VON DAAJE OLDEWURTEL.....28

ZITATE... ALLES BULLSHIT?.....30

GEZEITENKRAFTWERKE - STROM MIT DER TIDE
VON FINN SOBANJA.....32

EIN INTERVIEW MIT BIRGIT HUNEKE ÜBER DIE GORLEBEN-PROTESTE
VON SVENJA APPUHN.....33

ENERGIEWENDE IST FRIEDENSPOLITIK - SCHWERTER ZU WINDMÜHLEN
VON VOLKER BAJUS.....38

"ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN!" - EIN PORTRAIT DES VEREINS "BÜRGERENERGIEWENDE SCHAUMBURG E.V. UND SEINER GRÜNDER*INNEN
VON BELA MITTELSTÄDT.....39

ÜBER DAS FSJ POLITIK IN DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION
VON HENDRIK DRÖSSLER.....43

THEMENSPECIAL: RECHTE MACHEN MOBIL GEGEN GEFLÜCHTETE - NIEDERSACHSENS EXTREME RECHTE IM ORGANISATORISCHEN UND STRATEGISCHEN WANDEL
VON JULIA WILLIE HAMBURG.....46

ORTSGRUPPENTICKER.....49

ATOMMÜLL - WAS PASSIERT DAMIT EIGENTLICH?

VON HANNA KARSTE UND BERIT SCHÜTZE

Seit der Inbetriebnahme der ersten kommerziellen Kernkraftanlage im Jahr 1958 in Großbritannien wird Atommüll in größeren Mengen produziert. Wie in den meisten Entsorgungsfragen war auch hier zunächst die Devise: Aus den Augen – aus dem Sinn! Doch wie sind heute die Regelungen für Atommüll und wer muss dafür bezahlen?

WO KOMMT DER MÜLL HER UND WO GEHT ER HIN?

Ab ins Meer mit allem, was aus den Kernkraftanlagen heraus kam und nicht mehr nutzbar war, hieß es erst mal. Das wurde erst 1993 weltweit verboten, nach intensivem Protest durch Umweltschützer*innen weltweit, es lagern aber immer noch schätzungsweise 100.000 Tonnen Atommüll am Meeresgrund. Viele dieser Atommüllfässer sind mittlerweile aufgeplatzt und löchrig, jedoch wurde die Überwachung aufgegeben, da laut der Nuclear Energy Agency (NEA) mittlerweile keine bzw. eine vernachlässigbare Strahlungsexposition auftritt. Aus den beiden Wiederaufbereitungslagern in Europa, in La Hague in Frankreich und Sellafield in Großbritannien, wird weiterhin radioaktives Abwasser legal ins Meer geleitet. Die Leukämierate in Sellafield ist zehn Mal höher als der Durchschnitt, rund um den Ausfluss von La Hague in Frankreich maßen Greenpeace Aktivist*innen eine 17 Millionen Mal höhere Konzentration an Radioaktivität als in unbelasteten Gewässern. Bei der internationalen Meeresschutzkonferenz in Bremen 2003 wurde sich daraufhin auf ein Verbot ab dem Jahr 2020 geeinigt.

SCHACHT KONRAD UND DIE ASSE

Atommüll ist aber auch nicht gleich Atommüll: Radioaktiver Abfall wird weltweit in hoch-, mittel- und schwachradioaktiv eingeteilt. Vor einer besonders schwierigen Aufgabe steht die Menschheit bei der Frage nach der Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen, da diese nicht nur starke Abschirmmaßnahmen benötigen, sondern auch zusätzliche Kühlung.

Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle existieren bereits, auch in Deutschland. Die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle machen zwar 90% des Gesamtvolumens an Atommüll aus, dafür aber nur 1% der Radioaktivität. Für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ist derzeit der Schacht Konrad „die Anlaufstelle Nr.1", dies ist seit einem Planfeststellungsbeschluss in 2007 unanfechtbar. Aktuell gehen die Planungen von einer Inbetriebnahme des Schachtes im Jahr 2022 aus.

Besonders umstritten ist derzeit der Umgang mit dem ehemaligen Salzbergwerk Asse II, für welches zunächst im Jahr 2007 die Schließung beantragt wurde. Da dem damaligen Betreiber, das heutige Helmholtz Zentrum München, vorgeworfen wurde, die zuständige Aufsichtsbehörde nicht ausreichend informiert zu haben, fiel das Bergwerk dann unter das Atomrecht und wurde als Endlager behandelt und fortan vom Bundesamt für Strahlenschutz betrieben. Die Schließungspläne des Bergwerkes wurden verworfen, da es nicht stabil genug ist, und die Rückholung der Fässer veranlasst. Hierfür wurden von 2009 bis 2015

Erkundungsbohrungen in drei verschiedenen Kammern der Asse durchgeführt. Die Bohrungen ergaben, dass eine Rückholung möglich ist. Die weiteren potenziellen Endlagerstandorte in Deutschland sind Morsleben und Gorleben. Aktuell laufen auch hier Erkundungen, um die Standorte auf ihre Endlagertauglichkeit zu prüfen.

STRAHLENDER ABFALL NICHT NUR AUS ATOMKRAFTWERKEN

Wenn man an radioaktiven Abfall und Endlagerung denkt, kommen einem also meistens die Atomkraftwerke als Verursacher in den Sinn.
Jedoch fallen nicht nur in Atomkraftwerken strahlender Abfall an: Auch bei Gas- und Kohleförderung fallen durch Schlämme und Abwässer aus niedrigen Gesteinsschichten sogenannte TENORM-Stoffe an, das sind „natürlich vorkommende radioaktive Stoffe". Diese Stoffe sind oft bis tausende bis Millionen Mal stärker belastet als unbelastetes Gestein. Es sind viele Fälle bekannt, wonach belasteter Abfall offen auf Deponien lagert, mit unwissenden Mitarbeiter*innen in Kontakt kommt oder sogar belastete Rohre aus der Ölförderung an Kindergärten weiterverschenkt wurden. Diese mussten nach Bekanntwerden sofort evakuiert werden, da die Strahlung so stark war. Die Grünen stellten im Jahr 2010 als erste Fraktion eine Anfrage an die Regierung über genaue Mengen der Abfälle, worüber jedoch keine Auskunft gegeben werden konnte.

WER SOLL DENN FÜR DEN ATOMMÜLL ZAHLEN?

Die deutsche Regierung entschied nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011, bis 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland herunterzufahren. Dadurch wird die Menge des radioaktiven Mülls begrenzt, andererseits ist dadurch nun weniger Zeit für die Betreiber, Geld mit den Anlagen zu verdienen und für den Rückbau zu sparen.
Da dieser Ausstieg so hektisch war, gab es keine verbindliche Regelung, wer nun für Rückbau und Lagerung des Mülls zahlen muss.
Die Basis für die Verteilung der Kosten bildet das "Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren". Laut diesem Gesetz haben die Firmen, die Anlagen bauen, besitzen oder abschalten, die Pflicht, das radioaktive Material zu recyceln oder zu beseitigen. Sie müssen auch beweisen, dass sie dafür sparen. Der Staat ist dagegen verantwortlich für die Implementierung und Instandhaltung eines Lagers für strahlenden Müll, kann diese Aufgabe allerdings an Dritte abgeben.
Im Vertrag der Europäischen Union ist währenddessen das Prinzip festgeschrieben, dass *die*der Verursacher*in zahlen muss.

GESAMTKOSTEN VON 47,5 MILLIARDEN

Da damit allerdings nicht die genauen Kosten festgelegt sind, wurde die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs gegründet, die eine Lösung für diese Frage bis April 2016 finden sollte. Das Ziel der Kommission war, Empfehlungen auszusprechen, wie die Schließung, der Rückbau und die Versorgung des Mülls finanziert werden kann, sodass die Betreiber RWE, Vattenfall, EnBW und Eon ihre Verpflichtungen erfüllen können, ohne dabei pleite zu gehen. Das Ziel der politischen Akteure war, dass die Betreiber möglichst viel bezahlen müssen, das Problem dabei ist allerdings die finanzielle Situation der Unternehmen. Allein der Wert von RWE sank von 2011 auf 2016 deutlich von 25 Milliarden auf 8 Milliarden Euro.
Der Expertenreport, der die Basis für die Arbeit der Kommission bildete, listete Gesamtkosten von 47,5 Milliarden auf. Die Kommission entschied,

ATOMMÜLL - WAS PASSIERT DAMIT EIGENTLICH? - VON HANNA UND BERIT

dass die Unternehmen 23,5 Milliarden in einen Fonds zahlen müssen. 19,7 Milliarden sind für den Rückbau geplant, der Rest des Geldes ist Risikoanlage, falls dies teurer als erwartet wird. Der Staat muss für den Rest, also Kosten für temporäre und finale Lagerung sowie Transport aufkommen. Falls insgesamt mehr Geld benötigt wird, muss dies der Staat bezahlen. Die Verpflichtung der Betreiber endet, wenn das Geld in den Fonds bezahlt wurde.

Im November 2016 wurde außerdem festgestellt, dass die Betreiber*innen eine Entschädigung für den vorschnellen Ausstieg bekommen können, da die Ereignisse in Fukushima an der Sicherheit der Atomkraftwerke in Deutschland faktisch nichts geändert haben.

UND WIEVIEL KOSTET DAS WIRKLICH?

Darüber hinaus ist es sehr unsicher, wie viel der Atomausstieg jetzt wirklich kosten wird: das Risiko, dass es doppelt so teuer wird, liegt bei 50%, genauso kann es aber auch weniger kosten. Außerdem wird das Geld angelegt und es wird mit Zinsen von über 4% gerechnet, was mit Hinblick auf den aktuellen Zinsmarkt nicht realistisch ist.

Trotzdem muss festgestellt werden, dass der Staat mit seiner Investitionspolitik den Ausbau der Atomkraftwerke stark förderte. Das Forum Ökologisch - Soziale Marktwirtschaft analysierte, dass die staatliche Förderung insgesamt 219 Milliarden Euro betrug. Allerdings hat die Gesellschaft durch den Strompreis schon gezahlt. Außerdem wird gesagt, dass die Betreiber mit ihren Kraftwerken auch den Müll produziert haben und sie dadurch auch verantwortlich dafür sind.

Die nicht mal 100 Jahre von der Entdeckung der Radioaktivität bis zur Abschaltung aller Atomkraftwerke werden uns also noch viele hundert Jahre beschäftigen. Es scheint unmöglich, einen Ort zu finden, wo hochgefährliche Abfälle sicher und länger lagern können, als wir uns vorstellen können. Wäre auch damals nicht der Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen worden und 2011 dann nicht das das Gesetz zum beschleunigten Atomverfahren eingebracht worden, wäre der Atomausstieg für die Gesellschaft deutlich günstiger. Es ist wichtig, dass wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen weiterhin diese Missstände anprangern und gerade die Endlagersuche politisch begleiten!

Hanna und Berit studieren beide Umweltwissenschaften in Lüneburg und gehen ansonsten strahlend durchs Leben. Die gute Laune vergeht ihnen allerdings, bei einem Blick auf die aktuelle Energieversorgung in Deutschland.

Anzeige

100 % ERNEUERBARE SIND MACHBAR IN NIEDERSACHSEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

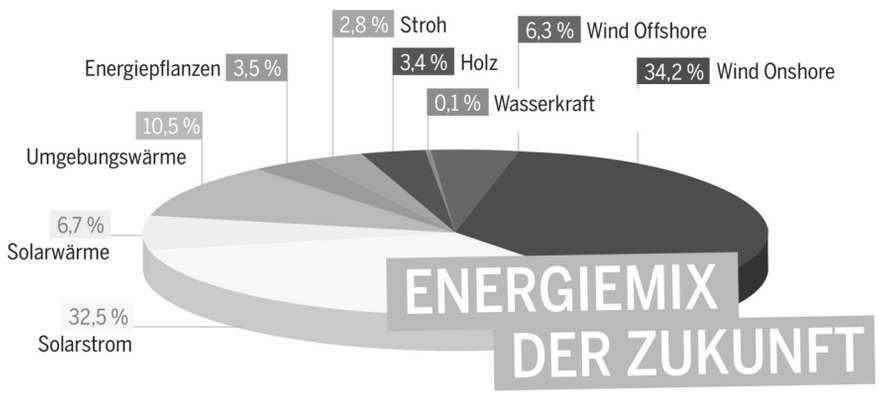
mit dem Klimavertrag von Paris hat sich die Welt zum Klimaschutz bekannt. Auch wenn mit Donald Trump in den USA nun ein bekennender Klimaleugner regiert, ändert das die Fakten nicht: Die Arktis schmilzt, der Meeresspiegel steigt.

Wir müssen raus aus den Fossilen. In Niedersachsen sind wir dabei. Dank Rot-Grün gibt es jetzt Ökostrom für alle Landesgebäude, auch für die Unis. Die Mittel für die energetische Sanierung unserer Landesimmobilien haben wir verdoppelt. Mit dem Klimagesetz legen wir verbindliche Ziele und Maßnahmen für alle Ressorts fest. **Grün wirkt!**

Herzlich grüßt eure Anja Piel

Die beste Energie: Einsparen

100 % Erneuerbare für Wärme, Strom und Mobilität sind möglich. Das zeigt das grüne Energieszenario. Dafür setzen wir auf Sonne und Wind, aber auch auf Bioenergie und Umgebungswärme. Die umweltfreundlichste Energie aber bleibt die, auf die wir verzichten. Mehr als die Hälfte unseres heutigen Verbrauchs können wir einsparen.



2015 335.415 GWh

2040 150.266 GWh

55 % weniger Energieverbrauch – durch Effizienz und Einsparungen

Mobilität für morgen und übermorgen

Immer mehr Menschen wollen unabhängig vom Auto sein, sind genervt von Dauerstau und giftigen Abgasen. Zugleich steigt der Wunsch nach Mobilität. Unsere Antwort: Der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und die intelligente Vernetzung von Bus und Bahn mit Leihsystemen für E-Cars und Fahrrädern.

Verbrennungsmotoren sind von gestern. Elektroantriebe sind klimaschonend und dienen im smarten Energienetz als „Schwarm-Speicher".

Infos zur Speichertechnik von morgen. Im Forschungszentrum Next Energy mit Volker Bajus und Susanne Menge. Mit dabei MdB Peter Meiwald, Prof. Agert und Dr. von Wedel.

UNSERE ZENTRALEN FORDERUNGEN

- Klimaschutz muss Priorität haben
- Ein ehrgeiziger Ausstiegsplan für Kohle, Öl und Gas
- Klimaschutzgesetz für alle: Treibhausgase bis 2030 halbieren, 100% bis 2050
- Energiewende in Bürgerhand! Faire Marktchancen für regionale Akteure

Besuch Windkraftanlagenfabrik in Aurich, v.l.: Volker Bajus, Maaret Westphely, Anja Piel, Philipp Bode

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

twitter.com/grueneltnds facebook.com/grueneltnds V.i.S.d.P.: Christian von Eichborn

Weitere Informationen:
Volker Bajus, energiepolitischer Sprecher
volker.bajus@lt.niedersachsen.de

GASTBEITRAG VON MIRIAM STAUDTE

ATOMPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION

ATOMMÜLL

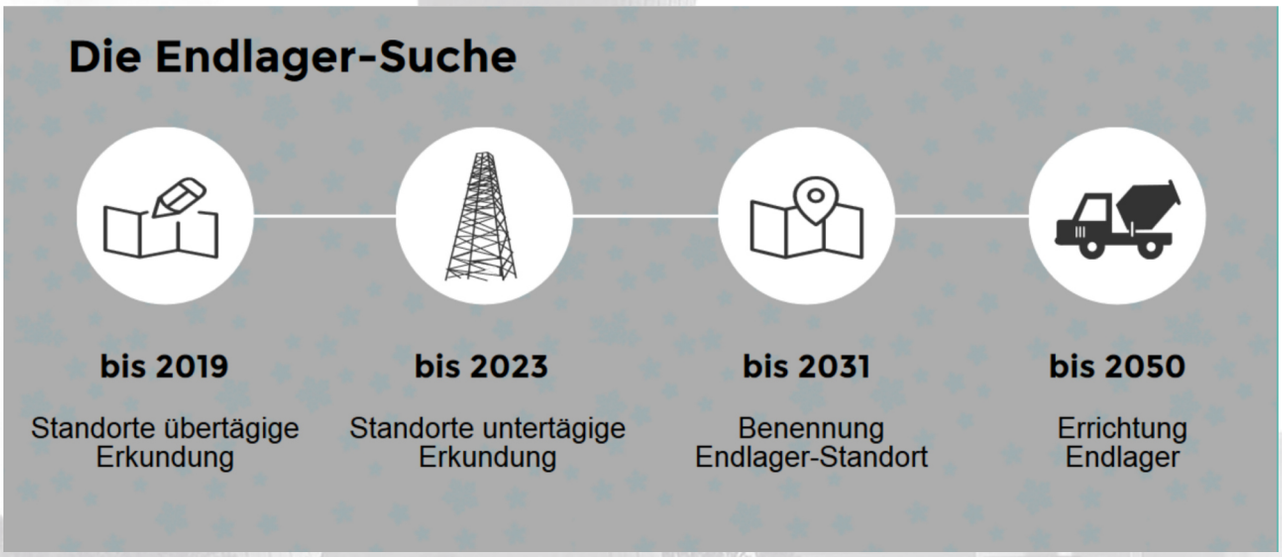
Noch bis 2022 soll weiter Atomstrom produziert werden. Die Atommüllberge wachsen, obwohl es bundesweit kein geeignetes Endlager gibt. In Niedersachsen haben wir mit Atommüll schlechte Erfahrungen. In Gorleben hat der Staat jahrzehntelang (erfolglos) versucht, einen ungeeigneten Standort mit Polizeigewalt durchzusetzen. Das Atomlager Asse ist leckgeschlagen und einsturzgefährdet. Mit der Inbetriebnahme von Schacht Konrad droht erneut ein atompolitischer Fehlentschluss.

WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

Mit einer vergleichenden Standortsuche soll die Entsorgungsfrage neu aufgerollt werden, doch es ist zu befürchten, dass dieser „Neustart" von Vielen nicht ernst gemeint ist. Sie wollen, dass Gorleben das Endlager für Deutschland wird. Zwei Jahre lang hat die Endlagerkommission, besetzt mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Kriterien für die Standortauswahl und die Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitet. Unser grüner Umweltminister Stefan Wenzel musste dort mit den Atomlobbyisten diskutieren. Die Empfehlungen der Kommission sollen mit dem neuen Standortauswahlgesetz (StandAG) umgesetzt werden, das derzeit in Bundestag und Bundesrat beraten wird. Unsere Kritik war immer, dass man keine neutralen Kriterien entwickeln kann, wenn einige versuchen diese Anforderungen so weich zu machen, dass Gorleben sie bestehen kann.

STRAHLENDE ZUKUNFT? WACH BLEIBEN!

In dieser Grafik ist der Zeitplan dargestellt, wann welche Schritte zu Standortsuche stattfinden sollen. Schon jetzt ist klar, dass die Genehmigungen für die oberirdischen Zwischenlager, wo die Castoren jetzt stehen, ablaufen, bevor der erste Atommüllbehälter in ein Endlager verbracht wird. Deswegen müssen die Zwischenlager dringend sicherer z.B. gegen Terrorangriffe gemacht werden.



GASTBEITRAG VON MIRIAM STAUDTE

DA WAR NOCH WAS: SCHWACH- UND MITTELRADIOAKTIVE ABFÄLLE

Schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollen in Schacht Konrad endgelagert werden. Doch es fehlt der Nachweis, dass die heutigen Sicherheitsanforderungen erfüllt werden. Zudem deckt die Genehmigung nur die Hälfte der anfallenden Abfälle ab. Erweiterungspläne hat der Bund vorerst zurückgestellt, nach heftigen Protesten.
Die „übrigen" Abfälle sollen nun zusammen mit den hochradioaktiven entsorgt werden. Wie, das bleibt nebulös. Wir fordern: Konrad stoppen! Vergleichende Standortsuche für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle starten!

WER ZAHLT? BRENNELEMENTSTEUER WIEDER EINFÜHREN!

Über Jahrzehnte haben die Atomkonzerne fette Gewinne verbucht. Nun stehen Rückbau und Entsorgung an, doch die Verursacher wollen sich vor den Kosten drücken. Vattenfall entzog den schwedischen Mutterkonzern der finanziellen Haftung, E.on gliederte das Atomgeschäft in ein neues Unternehmen aus.
Doch der neue Finanz-Deal, der auch mit grüner Zustimmung beschlossen wurde, ist lückenhaft. Künftig sollen die Betreiber nur noch für den Rückbau der Atomkraftwerke unbeschränkt haften. Die Rückstellungen für die Entsorgung werden an einen staatlichen Fonds übertragen – insgesamt 23,5 Milliarden Euro. Damit entledigen sich die Konzerne aller weiteren Verpflichtungen. Das finanzielle Risiko liegt künftig bei den Steuerzahler*innen und die Endlagersuche steht so unter Kostendruck. Möglichst schnell und billig – das hieß bisher immer Gorleben.

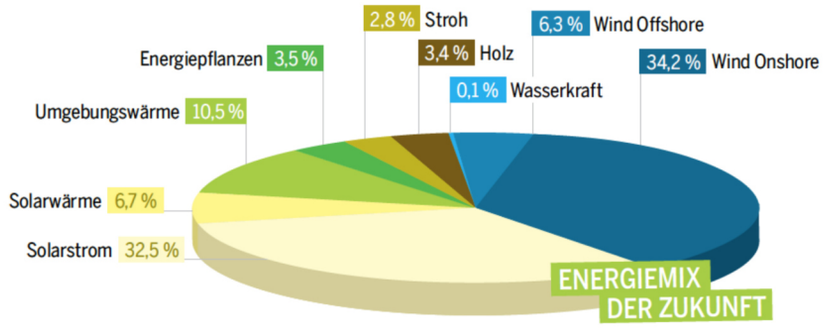
NACHBESSERUNGSBEDARF

- Der schwarze Fleck: Gorleben wird nicht ausgeschlossen. Gorleben-Befürworter schwächen Sicherheitskriterien ab, um den ungeeigneten Standort durchzudrücken.
- Keine Mindestanzahl: Der bestmögliche Standort lässt sich nur im Vergleich ermitteln. Doch es gibt keine Vorgaben, wie viele Standorte erkundet werden sollen.
- Sorgfalt vor Schnelligkeit: Bis 2031 soll ein Standort benannt werden. Doch belastbare Erkundungen und eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung brauchen Zeit.
- Echte Mitwirkung ist nicht vorgesehen: Die Öffentlichkeit soll nur informiert werden und Möglichkeiten zur Stellungnahme erhalten. Selbst das neue Nationale Begleitgremium hat keine wirksamen Kontroll- und Eingriffsbefugnisse. Klagerechte von Bürger*innen und Verbänden werden beschränkt.

WINDENERGIE UND NATURSCHUTZ - LÖSBARE KONFLIKTE?

VON HANS-JOACHIM JANßEN

Windenergie ist unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Nach dem Windenergieerlass des Landes Niedersachsen sollen rund 20 Gigawatt 2050 aus Windkraft an Land gewonnen werden. Das beansprucht mindestens 1,4% der Landesfläche (Windenergieerlass Niedersachsen - Nds. MBl. 7/2016).



Graphik: Energie für Niedersachsen (2015), Broschüre der grünen Landtagsfraktion Niedersachsen, S. 4.

Aber: Windenergieanlagen sind hoch, machen Geräusche und drehen sich. Daraus ergeben sich Beeinträchtigungen von Mensch und Natur. Während es für Abstände zu Wohngebäuden zum Schutz des Menschen klare, wenn auch umstrittene Grenzwerte gibt – für Lärmemissionen, für Störungen durch den „Disco-Effekt", für „bedrängende Wirkung" – ist das im Naturschutz wegen des Schutzes des Landschaftsbildes und der Vielfalt unterschiedlicher Arten schwieriger. Der Erhalt der Biodiversität, also der Vielfalt der Arten, ist aber gleichfalls unverzichtbar. Tabuzonen in Niedersachsen sind deshalb Naturschutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate, Waldgebiete sowie in der Regel Natura 2000-Gebiete. Außerhalb der Tabu-Gebiete müssen die Konflikte im Einzelfall gelöst werden.

KONFLIKTFELDER UND LÖSUNGSANSÄTZE

Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft zu erhalten ist Ziel des Naturschutzes (§1 Bundesnaturschutzgesetz). Schönheit ist subjektiv. Die (natürliche) Eigenart der Landschaft ist schon eher objektiv erfassbar: typisch für die Höhenzüge des Weserberglandes ist ihre natürliche Vielfalt aus Wald, Weiden, Wiesen und Bachläufen, typisch für die Küstenmarsch die weite offene Landschaft. Windkraft verändert dieses Landschaftsbild in Richtung industriegeprägter Landschaft. Das ist unvermeidbar. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann durch die Aufstellungsanordnung (z.B. kompakt, nicht linienförmig) verringert werden, die nächtliche Beleuchtung der Anlagen ist auf die Zeiten zu begrenzen, wenn sich auch tatsächlich Flugzeuge nähern.

WINDENERGIE UND NATURSCHUTZ - LÖSBARE KONFLIKTE? - VON HANSO JANßEN

TÖTUNGSGEFAHREN

Durch den Schlag der Rotoren sind vor allem Großvögel und Fledermäuse gefährdet. Diese Arten sind besonders geschützt und selten. Die Tötung dieser Arten ist verboten, auch dann, wenn sie nicht absichtlich erfolgt, sondern schlicht als Kollateralschaden z.B. durch den Betrieb von Windkraftanlagen entsteht.

Für Großvögel wie Weiß- und Schwarzstorch, Milan und Seeadler gilt: Von ihren Nestern und regelmäßigen Nahrungsräumen muss Abstand gehalten werden, um die Kollision mit Windkraftanlagen möglichst zu vermeiden. Dazu muss das Vorkommen jeder Art im Planungsraum ermittelt werden. Beim Schwarzstorch z.B. sollten 3000m zum Neststandort eingehalten werden, beim Weißstorch 1000m.

Wenn Fledermäuse in den Sog der Mühlenflügel geraten, platzen sie. Da Fledermäuse in der Regel nur bei windschwachen Zeiten fliegen und im Jahreslauf Schwerpunkte haben, kann oft durch zeitweises Abschalten der Anlagen der Konflikt vermieden werden. Schwerpunkträume bestimmter Fledermausarten wie z.B. des vergleichsweise hoch fliegenden Abendseglers müssen von Windkraftanlagen frei bleiben.

SCHEUCHEFFEKT – WINDENERGIEANLAGEN VERTREIBEN EMPFINDLICHE ARTEN

Nordische Gänse und Schwäne sowie Wiesenbrüter brauchen freie Rundumsicht, sonst meiden sie die Bereiche. Zu Konzentrationsbereichen des winterlichen Vogelzuges sollte mindestens 1000m und zu den Hauptbrutgebieten von Wiesenvögeln mindestens 500m Abstand eingehalten werden.

FAZIT

Windenergie und Biodiversität sind unverzichtbar. Ein naturverträglicher Ausbau der Windkraft ist nur möglich, wenn Konflikte mit dem Vogel- und Fledermausschutz vor Ort analysiert und berücksichtigt werden. Der niedersächsische Windkrafterlass bietet umfangreiches Material für die Abwägung. Auch ein zunächst geeignet erscheinender Windkraftstandort kann sich bei näherem Hinsehen als ungeeignet erweisen.

Hanso Janßen ist Sprecher für Agrarpolitik und Naturschutz der Landtagsfraktion und findet: Windenergie ist notwendig, aber nicht überall!

EIN BERICHT VOM LANDESVORSTAND

Wieder ist ein halbes Jahr vorbei, gefüllt mit vielen Aktionen, einer Menge Herzblut und viel Engagement.
Seit der letzten Landesmitgliederversammlung vom 14. bis zum 16. Oktober 2016 in Bad Pyrmont und der damit verbundenen Nachwahl der Beisitzer*innen sind wir als Team noch einmal näher zusammengerückt.
Wir haben angefangen, erste Pläne für das kommende Wahlkampfjahr zu machen, welches nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch die Landtagswahl beinhaltet.
Unser Sprecher Marcel ist Votenträger für die Bundestagswahl 2017 und mit ihm haben wir dieses Jahr wieder einen Kandidaten der Grünen Jugend Niedersachsen für den Bundestag.
Marcels Kampagne "Geht das auch gerecht?" hatte Ende November ihren Auftakt mit der Veröffentlichung einer Unterstützer*innenliste. Im Sommer wollen wir dann wieder voll aufdrehen und freuen uns, mit euch den Wahlkampf zu rocken! Dafür schlagen wir euch vor, auf der Frühjahrs-LMV ein Wahlkampfteam zu wählen, das mit uns den Wahlkampf plant.

Im Oktober haben wir zusammen mit der Ortsgruppe Hannover für die Regulierung von Cannabis ein Zeichen gesetzt und vor dem Landtag demonstriert anlässlich des gestellten Antrags der FDP zur Herabsenkung der Cannabis-Freimenge und Legalisierung, welchen wir begrüßen. Unser Jointkostüm hat dabei wieder für großes Aufsehen gesorgt.

Naturschutz – Lust auf Mee(h)r? - unter diesem Titel haben sich Mitglieder der Grünen Jugend Niedersachsen und Gäste in Cuxhaven vom 11.-13. November 2016 getroffen. In mehreren Workshops wurden die Probleme rund um Mikro- und Makroplastik im Meer, verlorenen Fischereinetzen, Überfischung, den Pros und Kontras von Windenergieanlagen und die Problematik der Erdölförderung im Meer besprochen. Es gab ein Planspiel zum Errichten eines Windparks, in denen die Teilnehmenden die Perspektiven verschiedener Interessengruppen einnahmen, außerdem eine Führung und Wanderung durch das Sandwatt. Zwischen den Veranstaltungen war genug Zeit, die warme Jugendherberge zu verlassen, 50 Meter über den Deich zu gehen und den kalten Nordseewind am Strand zu spüren. Es war ein sehr schönes und informatives Wochenende!

Zeitgleich dazu fand in Münster die Bundesdelegiertenkonferenz statt, auf welcher wir und viele andere junggrüne Leute vertreten waren und zu Bundesthemen diskutiert haben.
Eine Woche danach fand in Braunschweig schon das Gedenkseminar in Kooperation mit der Grünen Jugend Bremen statt, welches sich unter anderem mit Braunschweigs lokaler Geschichte im Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat.

Vom 3. bis 4. Dezember 2016 waren wir dann auf der grünen Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Oldenburg präsent und haben uns zum einen mit einem eigenen Antrag zum Thema Besteuerung von Menstruationsartikeln und Verhütungsmitteln als auch mit vielen Änderungsbeiträgen zum Leitantrag eingebracht, welche wir mit der LAG Demokratie & Recht geschrieben haben. Insgesamt haben wir uns auch dieses Mal wieder tatkräftig eingemischt und unsere Positionen vertreten.
Auch bei der nächsten LDK brauchen wir wieder viele junggrüne Stimmen. Bei Fragen, wie ihr euch dafür delegieren lassen könnt etc. wendet euch

gerne jederzeit an uns!
Im Dezember stand auch das regelmäßige Treffen mit den Junglandwirten in Hannover an, wo wir uns zu gemeinsamen Themenpunkten zur Agrarwende in Niedersachsen, der Verantwortung der Landwirtschaft und Politik sowie über den schlechten Zustand unseres Grundwassers und unserer Böden ausgetauscht und informiert haben.

Das neue Jahr begann mit dem Seminar zur thematischen Vorbereitung auf die Landesmitgliederversammlung, dieses Mal zu Atom- und Energiepolitik. Wir diskutierten über den aktuellen Stand der Energiewende und über die Endlagersuche für Atommüll und erfuhren viel über Speichertechnologien. Außerdem konnten wir ein Selbstversorgerdorf besuchen, welches die ganze benötigte Energie selber produziert! Wir freuen uns schon auf die LMV vom 10.-12. März mit euch.
Und auch politisch haben wir dieses Jahr schon einiges getan. Neben unserer lautstarken Kritik an den Abschiebungen nach Afghanistan und anderswo hin haben wir auch die Anbiederung der SPD in Niedersachsen an rechte Positionen kritisiert. Die ersten Weichen für die Landtagswahl am 14. Januar 2018 werden also schon jetzt gestellt.

Ansonsten werden wir dieses Jahr ein neues Konzept ausprobieren: die Bezirksthementage. Dabei werden sich jeweils die Gruppen eines Bezirks in Niedersachsen miteinander treffen und zu einem gewählten Thema informieren und austauschen. Wir freuen uns, wenn ihr dieses Angebot zur Vernetzung nutzt und dort fleißig erscheint! :)

Ihr seht also, es bleibt spannend! An dieser Stelle möchten wir uns bei euch für alle Impulse, Anregungen, Teilnahmen an unseren Veranstaltungen bedanken - das motiviert uns, weiterzumachen. Somit freuen wir uns auf eine hoffentlich weiterhin ereignisreiche jung-grün-stachlige Zeit voller Spaß und neuer Erfahrungen mit euch!

Euer LaVo (Imke, Marcel, Berit, Bela, Paula, Vanessa, Liam und Maxi)

MARCEL BERICHTET ÜBER DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

VON MARCEL DUDA

Liebe GJN,
wenn ihr diesen Artikel lest, wird sich in meinem Leben viel verändert haben. Es wird schon klar sein, in welchem Wahlkreis ich für die Bundestagswahl kandidiere und ob ich einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste der Grünen bekommen habe, also mit einem Einzug in den Bundestag rechnen kann. Grund genug, an dieser Stelle die bisherige Arbeit zu reflektieren und euch von meinen Erfahrungen zu berichten.

Dabei fange ich wohl am besten am Anfang an: bei der Entscheidung für die Kandidatur. Das war wohl der schwierigste Teil bisher. Die Entscheidung für eine aussichtsreiche Kandidatur ist immerhin die Entscheidung, sich jede Woche mindestens 70 Stunden mit Politik zu beschäftigen, dabei im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stehen und sich von allen Seiten Populismus und Anfeindungen als Berufspolitiker auszusetzen. Heute sind nur wenige Berufe weniger angesehen als der des Politikers. Im Volksmund sind alle Politiker*innen faul, korrupt und abgehoben. Mit diesen Einstellungen muss man leben, selbst wenn sie weit von der Realität entfernt sind. Die Entscheidung für die Politik als Beruf war außerdem eine Entscheidung, auch bei Krankheit und in schwierigen persönlichen Zeiten immer 100% Höchstleistung zu erbringen. Die Leistungsgesellschaft, die wir als Grüne Jugend zurecht kritisieren, ist nirgendwo so in Reinform anzutreffen wie in der Politik. Politiker*innen stehen im ständigen Wettbewerb mit anderen Parteien und Parteikolleg*innen, die auf dieselben Posten wollen. Trotzdem habe ich mich für diese Kandidatur entschieden, um unsere Gesellschaft ein Stück besser zu machen.

Nachdem ihr mich bei der letzten LMV zu eurem Kandidaten gewählt hattet, ging dann die parteiinterne Wahlkampfarbeit los. Um mich bei den Grünen bekannter zu machen, habe ich eine Tour organisiert, in der ich meine Themen vorgestellt habe. Vor allem das Thema Rente war in den Kreisverbänden sehr beliebt. Es ist sehr wichtig, dass wir uns als junge Menschen darum sorgen, wie viel wir später im Alter haben werden. Schon heute leben viel zu viele alte Leute in Armut und angesichts der Rentenreformen der letzten Jahrzehnte wird diese Entwicklung immer dringlicher. Das haben auch viele Grüne verstanden. Ich freue mich darauf, die Grünen Rentenkonzepte im Wahlkampf vertreten zu dürfen. Nur mit guter Sozialpolitik werden wir dem Populismus von AfD und Co. entgegentreten können!

Doch ob ich mit unseren Inhalten wirklich in den Bundestag einziehen werde, hängt von vielen Faktoren ab. Neben guten Inhalten und einem überzeugenden Auftreten geht es bei Listenaufstellungen immer auch um Parteiflügel, Regionalproporz und andere Überlegungen. Ich bin sehr gespannt, wie das Ganze ausgehen wird. In jedem Fall werde ich euch weiter hier und im Netz auf dem Laufenden halten.

Tagesaktuelle Updates zu meiner Kampagne findet ihr auf meiner Facebook-Seite (@Gruenmarcel) oder auf Twitter (@marcel_duda)

Marcel Duda studiert Politikwissenschaft in Hannover und hat das Votum der GJN für einen aussichtsreichen Listenplatz bei den Grünen. Damit möchte er im September in den Bundestag einziehen.

LMV-BULLSHIT-BINGO

NUR EINE AUFMERKSAME BASIS IST EINE GUTE BASIS!

Da ist Bullshit-BINGO die optimale Lösung, um Eure Aufmerksamkeit während der LMV-Debatten zu maximieren!
Und so geht's: Fällt einer der aufgeführten Aussprüche, streicht Ihr den Block durch. Wer horizontal, vertikal oder diagonal 5 Blöcke in einer Reihe hat, steht auf und ruft laut:

ATOMKLO DER NATION!

Energiewende	Atomausstieg	Rot-Rot-Grün	unsere Zukunft	Endlager
Altgrüne	neoliberal	Gorleben	Strahlung	Frankreich
Austeritätspolitik	GO-Schlacht	FIT*-Person	Wärmewende	wir müssen vorangehen
Erweiterung der Debatte	politischer Jugendverband	Barrieren	es ist unsere Aufgabe	Präsidium
Redeverhalten	Fukushima	Antrag auf Vertagung	quotiert	Suffizienz

EINE KLEINSTADT UND IHR ATOMKRAFTWERK

EIN INTERVIEW VON CHRISTIAN HINRICHS

Im Jahr 2003 wurde aufgrund des rot-grünen Atomausstiegs das Atomkraftwerk Stade abgeschaltet. Ein Symbol für den Atomausstieg. Wie lebt es sich mit einem Atomkraftwerk in der Nachbarschaft? Ein Interview mit dem Aktivisten Dr. Helge Heyn (77 Jahre) und dem grünen Kommunalpolitiker Ulrich Hemke (73 Jahre).

FRAGE: Gehen wir zurück auf den Anfang. Im Jahr 1972 wurde das Atomkraftwerk Stade in Betrieb genommen. Wie habt ihr damals von den Plänen ein Atomkraft in Stade zu errichten erfahren und wie ist das AKW in Stade zum Thema eurer politischen Arbeit geworden?

HEMKE: Ich bin 1969 nach Stade gezogen. Da gab es im SPIEGEL auch einen großen Artikel über das neue Ruhrgebiet im Norden. Ich komme aus dem Ruhrgebiet, einer Energie-Region, und für mich war das Thema Atomkraft überhaupt erstmal kein Thema. Ein Problembewusstsein habe ich eigentlich erst ab dem Atom-Unfall von Harrisburg 1979 entwickelt. Ich hatte aber damals keinerlei Kontakt zu irgendwelchen Initiativen. Als wir uns 1981 politisch in einer alternativen Wählergemeinschaft, dem späteren Grünen Ortsverband, zusammengetan haben - war die Atomkraft erstmal nur ein Thema neben vielen anderen. Ich bin also etwas später erst gegen das AKW aktiv geworden.

GEGENBROSCHÜREN UND DEMONSTRATIONEN

HEYN: Ich habe angefangen ohne erstmal was zu wissen. Ich bin nach Ende meines Studiums nach Stade zurückgekehrt und da stand das Kraftwerk schon. Interessant wurde es erst 1975 für mich. Der damalige Atomkonzern VAW hat Broschüren erstellt und großflächig in der Region verteilt, worin die Argumente der Atomkraftgegner niedergemacht worden sind. Diese Broschüre wurde dann von Hamburger Anti-AKW-Kämpfern, die ja auch in den Kinderschuhen steckten, kommentiert und sie haben diese "66 Fragen und Antworten" der Atom-Industrie auseinandergenommen. So ist dann eine weitere Broschüre mit einer Gegendarstellung entstanden. Daraufhin hat sich hier in Stade eine Anti-Atom-Initiative gebildet und die Initiative hat die Gegenbroschüre an Haushalte verteilt. Das war die erste Aktion Ende 1975 und da bin ich dann erstmal langsam wachgeworden und bin regelmäßiger zur Initiative gegangen. Ich war auch einiges älter als die anderen. Eine junge Gruppe war das, die auch immer zu den Demonstrationen gingen. Dann kam die erste Demonstration in Brokdorf, die ist aber noch relativ gut ausgegangen für mich. Bei der zweiten Demo wurde schon geprügelt und bei der dritten Demo da ging es zur Sache. Da waren wir so ungefähr 40.000 Leute. Es war eisig kalt! In der Gruppe hatten wir uns vorbereitet: In der Bezugsgruppe bleiben, ein Aufkleber auf den Rücken kleben, um zu erkennen zu welcher Gruppe man gehörte. So bin ich dann später auch zu den Grünen gekommen.

FRAGE: Gab es auch Widerstand vor Eröffnung des Atomkraftwerks in Stade?

HEMKE: Es hat eine intensive Diskussion gegeben ausgehend vom damaligen Schulleiter des Buxtehuder Halepagen-Gymnasiums, der die Katastrophenschutzplanung des Landkreises kritisiert hat. Das hat auch überregional für Aufsehen gesorgt, weil er Schulleiter und Fachmann war und sehr gründlich die Probleme des Katastrophenschutzes bei einem Atomunfall öffentlich thematisiert hat. Das war sehr früh Anfang der 1970er Jahre.

HEYN: Der Schulleiter wurde anschließend noch vor das Ministerium nach Hannover geladen und dort wurde Druck auf ihn ausgeübt, dass er ja nicht so weitermachen solle. In der Anti-Atom-Initiative haben wir verschiedene Experten gehabt, auch Leute, die beruflich im Atom-Energie-Bereich verankert waren. Bei mir war das so, dass ich anfangs von Atom nicht besonders viel wusste. Ich habe mir dann aber sehr viel angelesen und auch mit anderen Leuten diskutiert. Wir haben dann auch durch dieses Wissen informative Flugblätter für die Bevölkerung erarbeitet. Das hatte schon eine gewisse Qualität.

FRAGE: Im Gegensatz zu anderen Atomkraftwerkstandorten, wo gar die Bauplätze besetzt wurden, gab es also in Stade keinen spürbaren Protest auf der Straße vor der Inbetriebnahme des AKW?

EIN ATOMKRAFTWERK NACH DEM ANDEREN

HEYN: In dieser Zeit liefen ganz viele Entwicklungen zusammen: Zahlreiche neue Industrie-Ansiedlungen, neue Atomkraftwerkstandorte in der Unter-Elbe-Region. Ein Atomkraftwerk nach dem anderen! Und die Anfänge dieser alten Atom-Pläne wurden ja auch realisiert: Brokdorf, Brunsbüttel und Stade. Aber das Ausmaß dieser Pläne stand nicht in den Zeitungen! Nur falsche Informationen! So unsinnige Empfehlungen, dass bei einem Unfall man sich einfach eine Tasche auf dem Kopf packen sollte und so könne man sich vor der Atomkraft schützen. Was für ein Unsinn!

HEMKE: In Stade wurde beides: Industrie und Kraftwerk - abgesehen von einigen Wenigen - bis weit in die 1990er Jahre sehr begrüßt. Das war die euphorische Aufbruchsstimmung, nachdem Stade lange Zeit als kleine verarmte Beamtenstadt galt. Keine Industrie, kein Geld. Die Euphorie: Durch das Kraftwerk bekommen wir günstigen Atomstrom und dann kommt die Industrie und es fließt das Geld. Die ganze schöne Stadtsanierung wäre gar nicht ohne die Industrie bezahlbar gewesen. Die Kritik an dem Chemie-Konzern Dow Chemical ist auch bis heute noch unterentwickelt. Öffentliche Kritik wurde immer nur von Wenigen geäußert.

FRAGE: War es auch so schwierig, gegen die Atomkraft Protest zu organisieren, weil die Atomtechnik als neu, modern und fortschrittliche Technologie betrachtet wurde?

DAS GROSSE GELD NACH STADE

HEMKE: Ich denke politisch für die Leute hier war entscheidend, dass damit die Industrie und damit das große Geld hier nach Stade kommt. Große Zukunftsvisionen haben die Leute nicht gehabt. Es war ganz banal: Wir haben jetzt die Chance, hier endlich zu Wohlstand zu kommen und da hat man sich über die Zukunftsprobleme und Fragen keine Gedanken gemacht. Endlich verlieren wir hier den Status einer kleinen und finanziell klammen Beamtenstadt, die nichts zustande kriegt und deren Einwohner wegziehen.

HEYN: Ein Symbol für dieses Wohlverstandsversprechen ist auch der Neubau der Stadthalle in den 1980er Jahren mit Hilfe der Atom-Millionen. Da gab es damals mehrere Lager in der Bevölkerung: Das Lager der Leute, die begeistert von der Idee sind, eine neue Stadthalle zu bekommen. Dann gab es eine Gruppe, die sagte: „Neue Stadthalle - aber nicht so groß und so teuer." Und die Kosten für die Stadthalle sind explodiert und das zweite Lockangebot des Atomzeitalters in Stade war die Stadtsanierung. Da haben ja auch viele Privatleute, die in der Innenstadt wohnten, von profitiert.

INTERVIEW: EINE KLEINSTADT UND IHR ATOMKRAFTWERK

FRAGE: Im Jahr 1984 gab es den großen Atom-Unfall in Tschernobyl. Hatte dieses Ereignis Einfluss auf die Diskussion vor Ort?

HEMKE: Wir haben das im Stadtrat natürlich zum Thema gemacht. Liegen Erkenntnisse über radioaktive Belastung von Spielplätzen usw. vor? Angeblich hatte die Verwaltung keinerlei Informationen! Die Öffentlichkeit ist also gezielt desnformiert worden. Das war ja aber auch bundesweit die Devise: Keine Panik! Es hat die Tendenz gegeben: Das ist ein russisches Ding und unsere Kraftwerke hier sind ganz anders und sicher. Tschernobyl hat an der Befürwortung der Atomkraft von SPD und CDU überhaupt nichts verändert.

ALLE HABEN STILLGEHALTEN

HEYN: Es wurde nicht mehr diskutiert in den Kommunalparlamenten. Alle haben stillgehalten.

FRAGE: Und in der Bevölkerung?

HEMKE: In der Bevölkerung änderte sich nichts: Still ruhte der See. Wir Grüne bekamen zwar etwas mehr Stimmen bei der Kommunalwahl 1986. Aber das änderte nichts an der Grundstimmung. Wenn alle wichtigen Akteure in einer Region - die Wirtschaft und IHK, Gewerkschaften, CDU, SPD, Stadtverwaltung, Kreisverwaltung und die Zeitung - sich in einer Frage zusammentun, dann ist es schwer, dagegen anzukommen. Daran hat sich erkennbar nichts geändert.

HEYN: Wahrscheinlich sind einzelne Menschen – auch hier in der Gegend - nach Tschernobyl nachdenklich geworden. Aber die haben sich dann hier nicht öffentlich geäußert, weil es dann beruflich und auch sonstige Nachteile gegeben hätte. Wer sich gegen die herrschende Meinung gestellt hätte, wäre beruflich nicht vorangekommen.

FRAGE: Kommen wir zu den 2000er Jahren. Nachdem der rot-grüne Atomkompromiss beschlossen wurde, fällte der Betreiber-Firma E.ON die Entscheidung: Der Atomaussteig beginnt mit Stade, weil der Standort nicht mehr rentabel ist. Wie wurde diese Entscheidung vor Ort diskutiert?

STADE: SYMBOL FÜR EINSTIEG UND AUSSTIEG

HEMKE: Ich denke es war die stille Wut, die sich nicht geäußert hat. Wir sind nicht beschimpft worden. Bis auf die Sache mit der grünen Abschaltparty, die wir mit Jürgen Trittin und vielen Gästen gefeiert haben. Da hat die damalige CDU-Abgeordnete öffentlich gesagt: "Die Grünen feiern den Verlust von Arbeitsplätzen." So ein Blödsinn. Stade war das Symbol für den Einstieg in den Ausstieg des Atomzeitalters. Deswegen gab es eine Abschaltparty. Es hat kurz vorher noch die große Demonstration für das Atomkraftwerk gegeben. Die Entscheidung, dass jetzt abgeschaltet wird, wurde als Entscheidung von außen durch Bundespolitik betrachtet. Dann war Ruhe. Die Leute waren stinksauer, aber es wurde nicht laut ausgesprochen. Bloß keine Niederlage zugeben, wäre ja peinlich gewesen, den Grünen einen Triumph zu gönnen.

HEYN: Nach der langen Phase, wo die Millionen durch die Gewerbsteuer in die Stadtkasse flossen, setzt sich eine Einstellung durch, dass leichtsinnig Geld ausgegeben wird. So war das hier auch: Als die Steuereinnahmen zu sinken drohten, sah die Lokalpolitik rot. Die sind aus allen Wolken gefallen.

FRAGE: Nach der Entscheidung stand die Region vor einer neuen Situation. Was sagt ihr zu diesem Zitat aus einer Stade-Reportage des Hamburger Abendblatts aus dem Jahr 2011: "Arbeitslosigkeit war nicht das Problem, eher das Selbstwertgefühl der Abgeschalteten"?

HEMKE: Arbeitslosigkeit ist in dieser Gegend seit geraumer Zeit eigentlich kein Problem. Eher im Zusammenhang mit anderen Infrastrukturprojekten hörte ich immer wieder: Wenn die Autobahn nicht kommt, wird das schwierig mit den Arbeitsplätzen. Ich glaube nicht mal, dass das Selbstwertgefühl von irgendwem betroffen worden ist. Die Leute haben ihren Job behalten, viele habendann noch selbst in der ganzen Rückbauphase Arbeit gefunden. Es gab nach dem Fukushima-Unfall dann auch Besuch aus Japan, die sich über den Abbau eines AKW informiert haben. Da hat es permanent etwas zu tun gegeben für die Leute. Obwohl ich glaube, dass die Leute, die sich intensiv mit dem Ding beschäftigt haben, auch wussten, wie überholt der Schrottreaktor war. Die sind nicht blöd. Insgeheim waren die vermutlich ganz froh, dass die konkrete Gefährdung für sie dann auch vorbei war.

MAN HÖRT NIE WAS VON KRANKEN LEUTEN

HEYN: „Man hört nie etwas von kranken Leuten, weder in der Chemieindustrie noch in der Atomindustrie. Was kann ein Mensch, der tagtäglich in Kontakt mit radioaktiv verstrahlten Material kommt, machen? Da kann man ja nur froh sein, wenn man das halbwegs gut übersteht. Das Haus abbezahlt und die Familie versorgt ist. Ich kenne solche Leute, die durch ihre Arbeit krank geworden sind.

Frage: Was ist eure Bilanz nach knapp 30 Jahren Kampf gegen die Atomkraft?

MAN BRAUCHT EINEN LANGEN ATEM

Hemke: „Bei mir ist hängen geblieben, dass man einen langen Atem braucht. Aber wenn man kontinuierlich für eine Sache einsteht, auch wenn man dafür Prügel bezieht, setzt man sich irgendwann auch mal durch. Im Gegensatz zu den Konjunktur-Rittern nach Fukushima! Hier ist das Stichwort: „Glaubwürdigkeit der Grünen". Diese Erfahrung gibt auch Kraft für kommende Auseinandersetzungen.

Heyn: „Der Atomausstieg ist eigentlich nur ein erster Schritt. Jetzt muss die Energiewende gestaltet werden. Aber die steht momentan nirgendwo auf der Agenda. Das muss sich ändern und darum wird es in den nächsten Jahrzehnten gehen!

Christian Hinrichs (29 Jahre) lebt heute in Hannover; er war ehemals aktiv bei der Grünen Jugend und kommt aus Stade. Christian politisierte sich nach der Abschaltung des Atomkraftwerks und gründete gemeinsam mit Freund*innen im Jahr 2003/2004 die Grüne Jugend Stade.

Kreis Stade

Fotos: Kopf

Strahlenmeßwerte

Tschernobyl und die Folgen beschäftigen viele Verbraucherinnen und Verbraucher noch immer. Um die Bevölkerung auf dem laufenden zu halten, veröffentlicht die Verbraucher Initiative regelmäßig Werte aus Radioaktivitätsmessungen. Die neuesten Meßwerte stammen aus Untersuchungsergebnissen von verschiedenen Meßstellen, mit denen die Verbraucher Initiative in ständigem Kontakt steht. Die Werte werden nicht nur zusammengestellt, in bestimmten Fällen werden auch Ernährungsempfehlungen gegeben. Die Listen mit den gemessenen Lebensmitteln können gegen eine einmalige Gebühr von 10,-- DM drei Monate lang bei der Verbraucher Initiative, Postfach 1746, 5300 Bonn, abonniert werden.

Einschätzung der Strahlenbelastung

Nahrungsmittel mit weniger als 10 bq/kg werden als strahlenarm bezeichnet. Nahrungsmittel, die eine Belastung zwischen 10 und 30 bq/kg aufweisen, sind für Schwangere, Stillende und Kleinkinder nicht unbedenklich. Von einem stärkeren Verzehr ist diesen Risikogruppen abzuraten. Nahrungsmittel mit 30 - 100 bq/kg müssen als stark belastet bezeichnet werden. Für Schwangere, Stillende und Kleinkinder sind sie nicht geeignet, andere Bevölkerungsgruppen sollten den Verzehr dieser Lebensmittel einschränken. Grundsätzlich ist zu sagen, daß es keine Grenze gibt, unterhalb derer radioaktive Strahlung unbedenklich ist.

AKW-Blockade oder von Beleidigungen bis Reizgas

"Die GRÜNEN solidarisieren sich mit den Berufsdemonstranten, die sich als Wegelagerer vor unserem Atomkraftwerk setzen." Mit diesem Satz beleidigte Horst Eylmann (Stader Ratsherr und MdB) die Atomkraftwerksgegner, die am 14. März 1987 über neun Stunden die Zufahrten zum Stader Atommeiler blockierten. Die Blockade, die auf diesen Tag befristet war, soll ausdrücken "wie ernst uns die Sache ist", erläuterte ein Sprecher der Demonstranten am Tage der Aktion. Mit der Sache ist gemeint, daß der Stader Reaktor nach der zur Zeit laufenden Revision nicht wieder "angeschaltet" werden darf, da der "marode" Atomreaktor ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko darstellt.

Die Blockade begann morgens um 9°° Uhr vor dem Hauptor und dem Nordtor, welches als Revisionstor ausgewiesen ist. Riesige Stahlröhren rollten die Demonstranten vor das Revisionstor, und vor dem Haupttor wurde eine Barrikade von Holz und Müll aus den umliegenden Gräben der Obsthöfe errichtet.

Jeweils zwei Mitglieder der Aktionsgruppe Steinburg besetzten zwei Strommasten und zierten diese mit Transparenten: "Krebs Kraftwerk nein" "Den Atomstaat zwingen - Besucht alle Masten" und "Tschernobyl Aktionstag 26.4.1987" lauteten die Aufschriften.

Gegen Mittag waren rund 1000 Atomkraftgegner vor den Toren des Stader "Schrottreaktors" versammelt - die Zahl wurde von der Polizeieinsatzleitung bestätigt, obwohl H. Eylmann der Tageblatt Redakteurin Sigrid Quäker das gewollte Aufbauschen der Teilnehmerzahl unterstellte.

Um 16°° Uhr begann dann die Polizei eine bis dahin gut geplante Ablenkungsaktion vor dem Haupttor; bis dahin gut geplant, denn die dann folgende Räumung der Haupttorzufahrt

Protest gegen Stader AKW weitet sich aus

Demonstration, Kabarett, Gesang und Luftballons in der Stader Innenstadt

Zum fünften Mal hatte der Arbeitskreis "Eltern fordern die Stillegung des KKW Stade" zum Demonstrationszug aufgerufen. Mit der kabarettistischen Einlage aus der "Sesamstraße - Ernie krauft ein Atomkraftwerk" und einigen Liedern gab der Gewerkschaftschor TERZ der Demo einen interessanten Konzentrationspunkt.

Das Stader Anti-Atom-Forum wollte mit einer Luftballon-Aktion auf die mögliche Verbreitung radioaktiver Partikel aus dem AKW Stade aufmerksam machen. Mit Hunderten von Gasballons zogen entsprechende Rückantwortkarten in nördlicher Richtung ihrem Landepunkt entgegen.

TERZ mit einer Parodie zur Sesamstraße: Ein

Am Tag der Gehörlosen am 26.09.1986 demonstrierten Eltern aus dem Landkreis gegen das AKW-Stade vor dem Stader Rathaus. Die Zweideutigkeit des Transparentes sollte Mann/Frau durchaus ernst nehmen - es hang vor dem Rathaus an der richtigen Stelle.

Foto: Kopf

Kinderzeitung KLICK auf Umwelttour

Bremer Umweltschutzbande in Stade

Stade (msz). Es ist kalt und klar. Montag morgen, 13.10.1986, kurz nach 9.00 h. Ein vollbepackter Kleinbus hält, später kommen weitere Autos. Heraus strömen ca. 30 Kinder in Begleitung einiger Erwachsener. Das Radio auf volle Lautstärke gedreht, quirlt alles erst einmal durcheinander.

Vor dem AKW Stade entrollen die jungen Demonstranten dann Transpartente mit der Forderung nach Abschalten des Stader Atomreaktors. Auf anderen Transparenten geben sich die Jung-Aktivisten zu erkennen: "Die Bremer Umweltschutzbande."

Unter dem Motto: "Wir wollen leben" hatten die jungen Redakteure und Redakteurinnen der Kinderzeitung KLICK in den Herbstferien eine Umwelttour durch die Bundesrepublik über sieben Stationen geplant.

"Dicke Luft, schmutziges Wasser, verseuchter Boden, vergiftete Nahrungsmittel und jetzt auch noch radioaktive Strahlen, das ist nicht mehr auszuhalten. Außer-

Bottrop (Luftverunreinigung), Duisburg ("mit dem Rhein geht's aufwärts"), Großrosseln, Saar (Rosseln = dreckigster Fluß Europas), Bonn (Mahnung an die Politiker).

Die Reporter, die sonst am wöchentlichen Erscheinen ihrer Zeitung arbeiten, setzten hier in Stade mit ihren unverblümten Fragen den Vertreter des AKW unter Druck. Ein Teil der Gruppe besuchte das Info-Zentrum des

Umdenken – Strom sparen

Unter dem Motto "Umdenken - Stromsparen" ruft die Jorker Bürgerinitiative gegen Atomanlagen dazu auf, am 26. April, dem Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl, einen Tag lang den Strom abzuschalten. Nach Angaben einer Sprecherin der Initiative wird dieser Aufruf bundesweit von über 200 BI's unterstützt. Während einer Veranstaltung am Samstag, dem 21. März, vor dem Kernkraftwerk Stade, stellten die Jorker ihren Protest und ihre Aktionsform gegen die Atomenergienutzung allgemein und den Stader Reaktor im besonderen der Öffentlichkeit vor.

Wie schon mit der vorher propagierten stundenweisen Stromabschaltung einmal im Monat, soll das unkritische Verbrauchen von Atomstrom beendet und der "Atomlobby ihre Argumente auf dem Gebiet des Marktes streitig gemacht werden".

Da kein Mensch zum Stromverbrauch gezwungen werden könne, wird hierin, so die Initiative, eine demokratische Protestform gesehen, die vor allem solche Leute ansprechen soll, die bisher noch an keinem Protest teilgenommen haben, auch zu Demonstrationen oder Blockaden nicht gehen würden, gleichwohl aber Unwohlsein und Angst vor Atomanlagen entwikkelt haben. Gleichzeitig soll dabei auch dem Ohnmachtsargument "Ich kann ja doch nichts tun" entgegengetreten werden.

Hinter der Aktion steht die Hoffnung, daß durch eine zunehmende Beteiligung aus diesem ersten kleinen bald ein großer Schritt wird. (msz)

Fotos: Schober

Bildquelle: Stader Rundschau - Zeitung Für Kultur, Politik und Initiativen im Kreis Stade (1984 - 1988); Privatarchiv Siegfried Kopf

BRUTTOSTROMERZEUGUNG, BRUTTOINLANDSPRODUKT UND TREIBHAUSGASEMISSIONEN IN DEUTSCHLAND ZUR ENTKOPPLUNG VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND CO2-AUSSTOß

VON LINUS SAGE

Die Energiewende bezeichnet ja den Übergang von fossilen Energieträgern, also Kohle, Öl und Gas, zu erneuerbaren Energieträgern. In vielen Szenarien soll dabei nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch der Energieverbrauch im Verkehr und für Raumwärme durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Dabei gehen ebenfalls viele Szenarien von einem steigenden Bruttoinlandsprodukt aus. Aber wie soll das möglich sein?

Laut Nationalem Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990-2014 konnte Deutschland seine Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2014 um 26% senken. Handelt es sich dabei also um eine Entkopplung von Wirtschaftwachstum und CO2-Ausstoß? Und wenn ja, warum?

STROMERZEUGUNG UND CO2-AUSSTOß IN DEUTSCHLAND SEIT 1990

Wie man in Abbildung 1 gut sehen kann, wurde die Atomkraft teilweise durch Erneuerbare Energien ersetzt. Der restliche Zuwachs an Erneuerbaren Energien wurde hinzuaddiert. Die Stromerzeugung durch Kohle ist leicht gesunken, während die Stromerzeugung durch Gas gestiegen ist. Es wurde also auch Kohlekraft durch Gaskraft ersetzt. Es gibt also zumindest einen Anstieg des Energieverbrauchs, der wahrscheinlich mit dem steigenden Bruttoinlandsprodukt zusammenhängt, wobei die erneuerbaren Kapazitäten teilweise zu den fossilen Kapazitäten hinzuaddiert wurden.

In den Wirtschaftswissenschaften oder anderswo gibt es einige Leute, die an ein ökologisches oder grünes Wachstum glauben, auch bei den Grünen. Es wird davon ausgegangen, dass eine Steigerung des materiellen Lebensstandards mit einer absoluten Senkung des Umweltverbrauchs oder der CO2-Emissionen vereinbar sei.

Dabei gibt es zwei Paradigma, die vorherrschend sind: ökologische Konsistenz und Öko-Effizienz. Der Konsistenz-Ansatz will alle Ressourcen im Kreis führen, wie bei erneuerbaren Energien oder Elektroautos.

Mit der letzteren Strategie soll die Effizienz von Technologien und Prozessen erhöht werden. Damit lässt sich laut Theorie der Ressourcenverbrauch pro Nutzeneinheit senken. Drei-Liter-Autos, effizientere Elektrogeräte oder Passivhäuser sind dieser Nachhaltigkeitsstrategie zuzuordnen.

Das Ziel wäre im Idealfall eine Reduktion des absoluten Umweltverbrauchs, also etwa des CO2-Ausstoßes eines Landes oder des CO2-Ausstoßes pro Kopf. Diese sogenannte absolute Entkopplung bedeutet, dass der Umweltverbrauch pro Bevölkerungseinheit sinkt, während das Bruttoinlandsprodukt steigt. Eigentlich ist das aber schon ein Widerspruch, weil sich beide Strategien ja auf einzelne Technologien konzentrieren. Und wenn die Herstellung oder Nutzung von Produkten dank solcher Technologien effizienter wird, steigt möglicherweise die Nachfrage nach diesen oder anderen Produkten (Rebound-Effekt).

Außerdem gibt es noch das Postulat der relativen Entkopplung. Dazu kommt es, wenn die Wachstumsraten des CO2-Ausstoßes oder anderer Umweltverbräuche immer weniger anwachsen als das Bruttoinlandsprodukt. Die Umweltverbräuche steigen dabei aber trotzdem noch an.

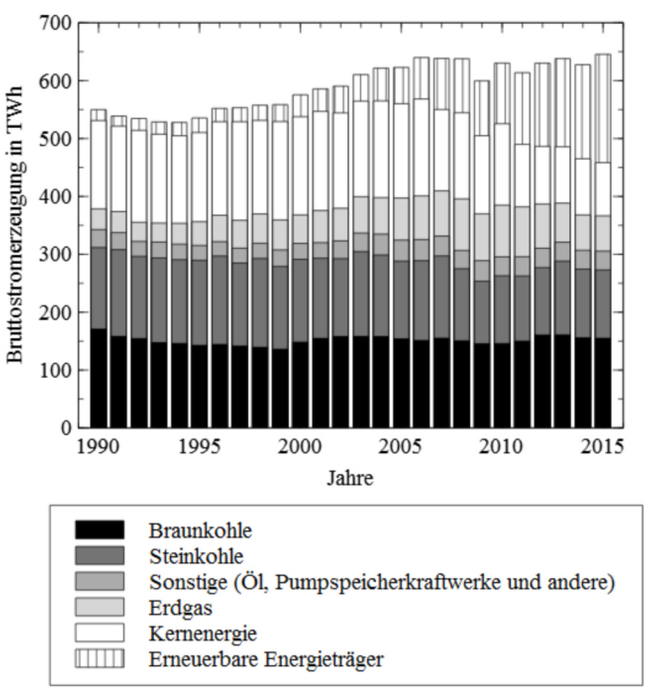
ZUR ENTKOPPLUNG VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND CO2-AUSSTOß - VON LINUS

Auf den ersten Blick auf Abbildung 2 scheint es eine absolute Reduktion des CO2-Ausstoßes bei gleichzeitig steigendem Bruttoinlandsprodukt und relativ gleichbleibender Bevölkerungszahl in Deutschland gegeben zu haben.

Im Nationalem Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990-2014 wird die Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland dafür verantwortlich gemacht. Denn in der ehemaligen DDR war das Bruttoinlandsprodukt sehr treibhausgasintensiv. Das hing unter anderem mit dem hohen Einsatz von Braunkohle und den ineffizienten Technologien dort zusammen. Vor der Wende lag der dortige CO2-Ausstoß pro Kopf bei ca. 20 Tonnen im Jahr. Auf so einen hohen CO2-Ausstoß kommen heute nur noch Länder wie die USA. Die Reduktion des CO2-Ausstoßes in Deutschland ist hauptsächlich durch die Reduktion der Braunkohle-Verbrennung und andere Umstrukturierungen in den neuen Bundesländern zurückzuführen (2).

Zudem haben die realen Löhne der abhängig Beschäftigten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, lange stagniert. Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukt wurde hauptsächlich durch Steigerung von Kapitaleinkünften, also Einkommen aus großem Vermögen, erzielt. Da diese Kapitaleinkünfte so hoch sind, dass, je höher sie sind, immer weniger von ihnen für realen Konsum ausgegeben werden kann, ist der reale Konsum wahrscheinlich gar nicht gestiegen. Das zusätzliche Einkommen für diesen reichsten Bevölkerungsanteil ist möglicherweise nur in Spekulation geflossen.

Abbildung 1: Bruttostromerzeugung nach Energieträgern 1990-2015



In der Anlage B des Kyoto-Protokolls haben sich die Industrieländer zu Treibhausgasminderungszielen entschlossen. Nach dem Kyoto-Protokoll werden die Emissionen aber nur territorial berechnet, d. h. die Emissionen, die durch den Konsum von Produkten, die in anderen Ländern produziert wurden, verursacht werden, werden gar nicht erfasst.

In Abbildung 2 habe ich die Daten von Peters et al. zu den Emissionen aus dem Nationalen Emissionsinventar hinzuaddiert. Glen P. Peters und weitere Forscher haben sich in in ihrer Publikation anhand von Handelsdaten die international transferierten Emissionen von 1990 bis 2008 ausgerechnet. Die in der Graphik eingefügten Emissionen von um die 200Mt (Millionen Tonnen) gelten als konservative Schätzung. Davis und Kaldeira haben für das Jahr 2004 beispielsweise für Deutschland netto 253Mt importierte Emissionen berechnet (5, Supporting Information).

Addiert man die netto-importierten Emissionen zu den territorialen Emissionen, ergeben sich die sogenannten konsumbasierten Emissionen. Schaut man sich diese für die untersuchten Länder der Anlage B des Kyoto-Protokolls an, sieht man, dass diese für viele ehemalige Ostblock-Länder gesunken sind, wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen wie in Deutschland. In allen Ländern der Anlage B, die nicht zum ehemaligen Ostblock gehörten, aber auch einigen Ostblock-Ländern sind die konsumbasierten Emissionen, bis auf in Finnland, Schweden, Österreich und Frankreich, gestiegen (3, Dataset1). Möglicherweise lag dies an einem gestiegenen Konsum in diesen Ländern.

Dieser Trend wurde unter anderem durch Verlagerung der Emissionen in Schwellenländer wie Brasilien,

Indien und China erreicht, was durch das Berechnungssystem der Klimarahmenkonvention (UNFCC) nicht erfasst wurde. Viele Länder konnten dadurch ihre Emissionsminderungsverpflichtungen durch Verlagerungen ihrer Emissionen erreichen. In der zweiten Vertragsperiode von 2013 bis 2020 könnte dies erneut passieren (3).

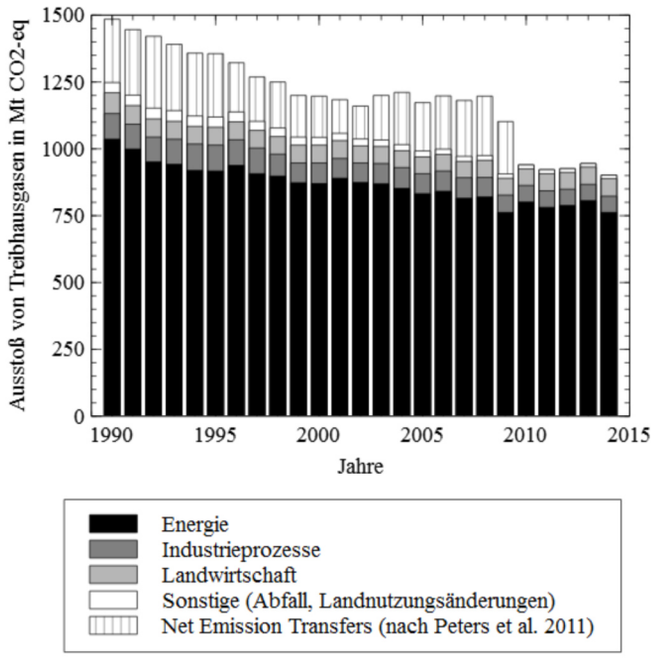
REBOUND-EFFEKTE

Was ebenfalls das hohe Niveau CO2-Emissionen in Deutschland erklären kann, sind Rebound-Effekte. Ein Rebound-Effekt tritt dann ein, wenn die Steigerung technischer Effizienz zu einer Mehrnachfrage führt, wodurch die technisch mögliche Reduktion bei gleichbleibender Nachfrage überkompensiert wird. In der Regel geht es dabei um Technologien, die die benötigte Energie pro Einheit senken. Zum Beispiel senkt ein Drei-Liter-Auto den Spritverbrauch pro 100km von heute ca. sechs Liter auf drei Liter. Der finanzielle Rebound-Effekt wird dadurch verursacht, dass die Nutzeneinheit durch den geringeren Energieaufwand natürlich auch billiger wird. Dadurch wird entweder mehr vom gleichen Produkt nachgefragt oder der frei werdende Teil des Einkommens wird für andere Produkte oder Dienstleistungen verwendet (4, 6).
Beispielsweise ist der Energieverbrauch pro Quadratmeter 1995 und 2005 um 9% gesunken. Da die Wohnfläche aber um 13% angestiegen ist, ist der Energieverbrauch fürs Heizen der privaten Haushalte um 2,8% gestiegen (6, S.11).

FAZIT

Lässt sich also Wirtschaftswachstum vom CO2-Ausstoß oder anderen Umweltschäden entkoppeln?
Mit Wachstum ist ja das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt gemeint. Das Bruttoinlandsprodukt gibt ja nicht die CO2-Emissionen oder andere Umweltschäden an, sondern die Summe aggregierter Größen einer Volkswirtschaft.

Abbildung 2: Treibhausgasemissionen von Deutschland 1990-2014



Das Bruttoinlandsprodukt ist also möglicherweise kein geeigneter Nachhaltigkeitsindikator. Das Bruttoinlandsprodukt kann ja unterschiedlich energieintensive Güter enthalten oder auch Spekulationsgewinne. Möglicherweise bleibt also der Material- und Ressourcendurchsatz gleich, obwohl das Bruttoinlandsprodukt steigt. Um eine wirksame Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, sollte man deswegen eher diesen Material- und Ressourcendurchsatz untersuchen und dessen Treiber aufdecken. Dabei ist es sinnvoll, den absoluten Umweltschaden moderner Gesellschaften zu betrachten und nicht nur einzelne Technologien.
Der CO2-Ausstoß in den Industrieländern bleibt mehr oder weniger gleich oder steigt sogar, wenn man das Sinken in der postsowjetischen Phase außen vor lässt. Eine Reduktion ist aber trotz Entkopplungsbemühungen notwendig. Der CO2-Ausstoß in Deutschland liegt inklusive der 200Mt importierten Emissionen bei ca. 13,6 t pro Kopf und Jahr. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat sich 2009 ausgerechnet, dass der globale CO2-Ausstoß auf 2,7t pro Kopf und Jahr begrenzt werden müsste, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen (7). Mittlerweile oder mit dem 1,5-Grad-Ziel

sind es sogar noch weniger. Selbst wenn eine Entkopplung von CO2-Ausstoß und Bruttoinlandsprodukt möglich wäre, würde diese zu lange dauern und die notwendige Reduktion nicht in der notwendigen Zeit zustande bringen. Es gibt ja auch noch die Rebound-Effekte und Verlagerungen.

Außerdem ist es höchst fragwürdig, ob sich der jetzige – geschweige denn ein noch weiter steigender – Energieverbrauch nur durch erneuerbare Energien decken ließe, da der Strom ja nur dann produziert wird, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Noch wurde ja keine gute Speichermöglichkeit gefunden und die Zukunft ist ungewiss. Zumal ja nicht nur der Stromverbrauch durch erneuerbare Energien gedeckt werden soll, sondern auch die Energie für den Verkehr und das Heizen. Außerdem haben erneuerbare Energien einen enormen Flächenverbrauch.

Aber wie wäre es denn mit einer kombinierten Strategie? Wenn also nicht nur mögliche Einsparungen durch Energieefiizienz forciert werden und nicht nur ein Übergang zu 100% erneurbaren Energien angestrebt wird, sondern zusätzlich oder eher primär Suffizienz angestrebt wird. Das Ergebnis wäre eine dreigliedrige Nachhaltigkeitsstrategie aus Suffizienz, Effizienz und Konsistenz. Suffizienz würde in diesem Zusammenhang eine Reduktion des Stromverbrauchs, der Wohnfläche und des Verkehrsaufkommens bedeuten. Dies würde natürlich ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts voraussetzen.

Um Suffizienz zu ermöglichen, müssen dadurch die Wachstumszwänge aufgeweicht werden. Aus meiner Sicht wird den Wachstumszwängen in der Nachhaltigkeitsforschung noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zu nennen wären hier kulturelle Wachstumstreiber ebenso wie strukturelle Wachstumstreiber. Insbesondere die Geldschöpfung ist eine Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Mit Geldschöpfung ist die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen gemeint, wodurch der Kapitalismus immer weiter angekurbelt wird (8).

Das ifeu hat sich beispielsweise ausgerechnet, dass sich der Stromverbrauch der privaten Haushalte durch die Kombination von Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen um bis zu 77% senken lässt.

Suffizienz setzt natürlich eine Senkung der Einkommen und damit auch des Bruttoinlandsprodukts voraus. Dabei wird häufig eine Reduktion der Arbeitszeit auf Teilzeit-Arbeit vorgeschlagen.

Vielleicht sollte man Wachstum auch aus kultureller Sicht kritisieren. Welche weiteren Kritikpunkte sprechen gegen Wirtschaftswachstum? Wie hängt Wachstum mit der Lebensqualität zusammen? Wie wollen wir in Zukunft leben? Was brauchen wir für ein gutes Leben? „Champagner für alle!"(10) ist da vielleicht eine zu vorschnelle Antwort. Champagner und Partys sind nicht die primären Treiber des Konsums. Parties und Rausch kann es auch in einer Postwachstumsgesellschaft geben. Dann doch aber bitte mit regionalem Bio-Champagner und auch wirklich für alle und nicht nur für den globalen Norden!

Linus studiert Soziologie und VWL in Jena.

Literaturverzeichnis:
(1) BMWi und Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen: Stromerzeugungskapazitäten, Bruttostromerzeugung und Bruttostromverbrauch. http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiedaten-und-analysen/Energiedaten/energietraeger.html
(2) Umweltbundesamt: Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll 2016. Nationaler Inventarbericht zu Deutschen Treibhausgasinventar 1990 - 2014 http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/berichterstattung-unter-der-klimarahmenkonvention-1
Nationale Trendtabellen: http://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4
(3) Peters et al. (2011): Growth in emission transfers via international trade from 1990 to 2008. In: PNAS 108/21, S. 8903-8908. http://www.pnas.org/content/108/21/8903.full Dataset S1: http://www.pnas.org/content/108/21/8903.long?tab=ds
(4) Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.
(5) Davis, Steven J.; Caldeira, Ken (2010): Consumption-based accounting of CO2 emissions. PNAS 107/12, S. 5687-5692. http://www.pnas.org/content/107/12/5687.full Supporting Information: http://www.pnas.org/content/107/12/5687?tab=ds
6) Santarius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. Wuppertal Insitut. http://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/1668/
(7) WBGU (2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf
(8) Johannes (2016): Hans-Christoph Binswanger: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. In: IGEL: Das Gute Leben? S. 27-29. Grüne Jugend Niedersachsen. http://gj-nds.de/blog/2016/03/igel-68-das-gute-leben/
(9) Lehmann, Franziska et al. (2015): Stromeinspareffekte durch Energieeffizienz und Energiesuffizienz im Haushalt. Modellierung und Quantifizierung für den Sektor private Haushalte in Deutschland. ifeu. https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2015/11/lehmann_suffizienz_einspareffekte_151119.pdf
(10) Duda, Marcel (2016): Champagner für alle! Eine linke Kritik an kritischem Konsum. In: IGEL: Das Gute Leben? S. 22-23. Grüne Jugend Niedersachsen. Link s.o.

HAMBACHER FORST
DER KAMPF GEGEN NATURZERSTÖRUNG UND WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN

VON DAAJE OLDEWURTEL

Der Hambacher Forst oder Bürgewald oder Bürge. Oder letzter Urwald Europas. In diesem einzigartigen Waldgebiet, der Heimat von bedrohten Specht-, Eulen- und Fledermausarten, kommt es seit Jahren zu dramatischen Ereignissen.

LETZTER URWALD EUROPAS

Diese werden ausgelöst durch den Konzern RWE, den Betreiber des angrenzenden Braunkohletagebaus „Hambach". Dieser erstreckt sich auf einer Fläche von 8 x10 Kilometern und ragt 500 Meter tief in die Erde. Damit ist „Hambach" der größte Braunkohletagebau in Europa. Nachgelagert sind außerdem mehrere Kohlekraftwerke und Kohleveredelungsanlagen. Dort werden pro Tag 100 Millionen Tonnen Kohle verarbeitet, was dazu führt, dass „Hambach" die größte CO2 Quelle Europas ist.
An diesem Tagebau hält RWE fest, obwohl mittlerweile so gut wie jedem bewusst ist, dass fossile Energieträger auf keinen Fall zukunftsfähig sind und dringend etwas gegen den Anstieg von CO2 in der Atmosphäre getan werden muss.

Diese Tatsache scheint RWE nicht zu stören, denn um den Tagebau weiter profitabel zu erhalten, musste der Wald weichen. Der ehemals 5.500 Hektar große Naturraum ist heute auf 1.100 Hektar geschrumpft. Das bedeutet: 4.400 Hektar ursprünglichen Waldes, mit hoher Bedeutung als Lebensraum für bedrohte Tierarten und 12.000 Jahren Lebensdauer, sind unwiederbringlich verloren. Verloren gegangen, vernichtet durch die Gier eines Unternehmens nach mehr Kohle, nach mehr Gewinn, mehr Geld. Und das ist nicht genug, denn RWE will die gesamte verbliebene Fläche für die Kohleförderung nutzbar machen. Auch wenn dadurch ein Rastplatz für jährlich wiederkehrende Zugvögel zerstört wird. Auch wenn die Heimat von Waldkäuzen, Fledermäusen und Haselmäusen dem Erdboden gleich gemacht wird. Auch wenn dann Hainbuchen und Stieleichen die bereits 200 Jahre dort ihren festen Platz haben, einer tiefen Grube Platz machen müssen.

MEHRERE TAUSEND DÖRFLER

Dem skrupellosen Vorgehen RWEs sind außerdem mehrere Wohnsiedlungen zum Opfer gefallen, deren Bewohner*innen sich zwangsweise von ihrem zu Hause verabschieden mussten. In den letzten 70 Jahren waren es mehrere Tausend Dörfler, dennoch ist kein Ende der Umsiedlungen um der Kohle Willen in Sicht.

Allerdings wird das Bestreben von RWE nicht widerstandslos hingenommen. Anwohner_innen, die umgesiedelt werden sollen, bleiben in ihren Häusern, andere pflanzen auf der zum Abraum erklärten Erde Gemüse an. Fahrraddemonstrationen, Kunstausstellungen und Wiesenbesetzungen sowie Kohlezugblockaden werden ebenfalls organisiert um Widerstand gegen die Naturzerstörung, die Feinstaub- Belastung und so vieles mehr zu leisten. Am beachtlichsten sind aber wohl die Aktivist_innen die seit dem 14. April 2012 die verbliebenen Bäume des Forstes besetzen um so die Abholzung zu verhindern.

UND WAS TUT DIE POLITIK?

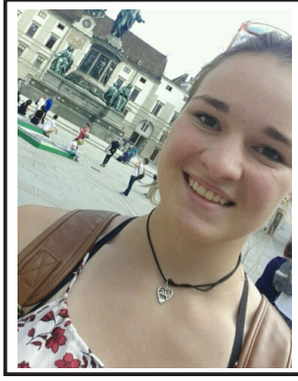
Die momentane Lage im Hambacher Forst ist unter anderem aus der Kohle-affinen Politik der SPD entstanden. Auch der sogenannte 3. Rahmenbetriebsplan der Bezirksregierung Arneberg von 2014 der die Fortführung des Tagebaus bis 2030 genehmigt, ist fatal für die Zukunft des

HAMBACHER FORST - VON DAAJE OLDEWUCHTEL

Forstes. Die Grünen in NRW fordern im Gegensatz zum Koalitionspartner einen sofortigen Stopp der Arbeiten, weil zum Beispiel klar sei, dass die Hambacher Kohle nicht komplett gebraucht werde. Trotzdem wird die Rodung des letzten Urwalds Europas weiter fortgeführt.

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN WERDEN ÜBER UNSERE ZUKUNFT GESTELLT

Der Hambacher Forst ist ein weiteres trauriges Beispiel dafür, wie immer noch wirtschaftliche Interessen über unsere Umwelt, unsere Zukunft gestellt werden, allerdings zeigt sich hier auch eine durchaus positive Entwicklung, denn die breit gestreuten Proteste gegen die Rodung zeigen auch, dass es sich lohnt weiter für den Schutz unseres Planeten einzutreten, sich weiter aktiv für eine grüne Umweltpolitik einzusetzen und den Ausbau der Gewinnung von erneuerbarer Energie zu fördern und sich nicht vom schnellen Gewinn aus fossilen Energieträgern blenden zu lassen, der uns auf lange Sicht auch keinen Planeten B ermöglicht.



Daaje ist 17 Jahre alt, wohnt in Norden und bereitet sich darauf vor, in diesem Jahr ihr Abi zu machen. In ihrer Freizeit ist sie (außer bei den Grünen natürlich ;)) gerne beim Sport, liest viel und versorgt die Hühner, die bei ihr im Garten leben.

FIT FOR POLITICS 2015 | Qualifizierungsseminare
für Ehren- und Hauptamtliche in Politik, Vereinen und Verbänden

STIFTUNG LEBEN & UMWELT
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

Die Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen veranstaltet 2017 folgende Qualifizierungsseminare:

Sitzungs- und Diskussionsleitung
Effektiv, geordnet und ergebnisorientiert…
28./29. April | Anmeldeschluss: 13. April

Rede- und Medientraining
Wirkungsvoll und souverän vor Publikum sprechen!
05./06. Mai | Anmeldeschluss: 21. April

Überzeugen am Info-Stand
Argumentationstraining für Wahlkampf und andere Aktivitäten
11./12. August| Anmeldeschluss: 28.Juli

Körper-, Stimm- und Sprechtraining
Arbeiten am gelungenen Auftritt
25./26. August | Anmeldeschluss: 11. August

Social Media sinnvoll für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen
Facebook, Twitter und Co.
15./16. September | Anmeldeschluss: 1. September

Transkulturelle Kommunikation
Anderssein verstehen - Fit für die transkulturelle Gesellschaft
22./23. September | Anmeldeschluss: 9. September

Gewaltfreie Kommunikation nach M. Rosenberg
Gespräche erfolgreich führen
20./21.Oktober | Anmeldeschluss: 7.Oktober

Zeit- und Selbstmanagement
Beruf, Familie und Ehrenamt in guter Balance
03./04. November | Anmeldeschluss: 20. Oktober

Seminarzeiten: Freitag 15.00-20.30 Uhr, Samstag 10.00-17.30 Uhr
Die Seminare finden in der **Jugendherberge Hannover** statt, Teilnahmebeitrag: 50 € pro Person, Ermäßigung auf Anfrage
Informationen und Anmeldung: info@slu-boell.de, www.slu-boell.de

Weiteres Seminarangebot:
Rechtspopulismus im Alltag begegnen - ein Argumentationstraining gegen rechts
24. -25. März 2017, Stadtteilzentrum Kronsberg (Hannover)
Teilnahmebeitrag 75€, ermäßigt 35€ (Studierende, Azubis, Schüler*innen, usw..), **Anmeldung**: info@slu-boell.de

ZITATE...

"Wenn der Mensch zuviel weiß, wird das lebensgefährlich. Das haben nicht erst die Kernphysiker erkannt, das wußte schon die Mafia."
Norman Mailer (*1923), amerikanischer Schriftsteller

angesichts der Fukushima-Katastrophe:
"An so einem Tag darf man sicher nicht sagen, unsere Kernkraftwerke sind sicher. (Pause) Sie sind sicher."
Angela Merkel, 12.3.11

"Wir tun uns schwer mit der Notwendigkeit, Energie zu sparen. Dabei handelt es sich eigentlich darum, keine zu verschwenden."
Paul Schibler, (1930 - 2015), Schweizer Aphoristiker

"Welch triste Epoche, in der es leichter ist, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil!."
Albert Einstein (1879 – 1955), deutscher Physiker und Nobelpreisträger

"Erst haben die Menschen das Atom gespalten, jetzt spaltet das Atom die Menschen"
Gerhard Uhlenbruck (*1929), dt. Aphoristiker, Immunbiologe u. Hochschullehrer

"Ich fühle mich heute so energetisiert, als hätte man in meinen Genen die Doppelhelix von beiden Seiten mit Lunten angezündet."
Christa Schyboll (*1952), Eventmanagerin, Autorin

"Die Leute geben Geld für Autos aus, für Hunde, Tennisschläger und Nagellack. Niemand käme auf die Idee, zu beklagen, dass das Geld kostet. Nur Strom und Energiewende sollen möglichst umsonst sein."
Süddeutsche Zeitung, Kommentar von Marlene Weiss, Juli 2012

"Öl ist Macht
–
solange der Vorrat reicht."

Manfred Hinrich, (1926 - 2015), Dr. phil., deutscher Philosoph, Philologe, Lehrer, Journalist, Kinderliederautor, Aphoristiker und Schriftsteller

"Alle Länder bemühen sich strategisch noch immer, Energie so billig wie nur möglich anzubieten. Das ist quasi ein Appell an Volk und Wirtschaft, mit Energie sorglos umzugehen."
Ernst Ulrich von Weizsäcker, heute.de-Interview, Juli 2012

"Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, dann wäre es wirklich jammerschade, sollten wir aus diesem Bereich aussteigen."
Angela Merkel, 15.6.09

... ALLES BULLSHIT?

"Alle reden vom Energiesparen. Ich spare meine."

"Habt Ihr schon mal darüber nachgedacht, dass Biogasanlagen buchstäblich Bullshit zu Strom machen?"

"Das Erdöl ist eine nutzlose Absonderung der Erde – eine klebrige Flüssigkeit, die stinkt und in keiner Weise verwendet werden kann."
Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg (1806)

Wenn es darum geht, die Gefahren der Kernkraft in die rechten Proportionen zu rücken, bedient sich Angela Merkel gern ihrer Erfahrungen als Hausfrau: "Wenn Sie einen Kuchen backen, geht auch nicht alles nach Rezept", erklärt sie dann, "da fällt schon mal ein Mehlstäubchen ab. Ja und?"
Angela Merkel, damals Umweltministerin
(Aus: Der Spiegel, 25.05.1998)

"Man gebe jedem Gefängnis-insassen einen Ergometer in die Zelle und verspreche diverse Haftverschonungen pro gestrampelter Kilowattstunde, der Lösung einschlägiger Energieprobleme käme man damit um einige Schritte näher."
Martin Gerhard Reisenberg, (*1949), Diplom-Bibliothekar und Autor

"Bei den Preissteigerungen für elektrische Energie bekommt der Begriff Wechselstrom eine ganz neue Bedeutung."
Siegfried Wache, (*1951), technischer Zeichner, Luftfahrzeug-techniker und Buchautor

"Ich werde die Energieunternehmen zurückbringen. Sie werden in der Lage sein, zu konkurrieren. Sie werden Geld verdienen, sie werden unsere nationalen Schulden abbezahlen, sie werden unser enormes Budgetdefizit zahlen. [...] Wir müssen unsere Energieunternehmen schützen. Wir müssen es möglich machen. [...] Was die [EPA] den Leuten, den Bergleuten und anderen in der Energiebranche, antun, ist eine Schande. Eine absolute Schande."
Donald Trump 2016

"Atomenergie ist ein Verbrechen."
Kommentar von Franz Alt zu Fukushima, Juli 2012

GEZEITENKRAFTWERKE - STROM MIT DER TIDE

VON FINN SOBANJA

Als Stromproduzenten für die grüne Energiewende werden immer die selben Verdächtigen in den Kampf geführt: Solaranlagen, Wandkraftanlagen und Wasserkraftwerke. Sollte man wirklich nur die drei „großen" Stromerzeuger fördern oder lohnt es sich, auch auf die exotischen Möglichkeiten der ökologischen Stromversorgung zu schauen?
Ja! Denn mit diesen lassen sich elegant regionale Stromprobleme lösen, ohne teuer den Strom über weite Strecken zu transportieren. Als Beispiel dazu möchte ich Gezeitenkraftwerke erklären.

STAUDAMMPRINZIP UND STRÖMUNGSDRUCK

Um mit dem Tidehub grüne Energie zu erzeugen, gibt es zwei Möglichkeiten: Die älteste Methode funktioniert nach dem Staudammprinzip, indem eine Bucht „eingedämmt" wird und, ähnlich wie ein Wasserkraftwerk, mit Turbinen ausgestattet wird. Wenn dann die Tide kommt, wird durch den Gezeitendruck Wasser durch die Turbinen gedrückt und Strom erzeugt.
Leider klingt das ganze Prinzip besser als es letztendlich ist. Damit das Kraftwerk nämlich eine halbwegs verwendbare Menge an Strom liefert, muss der Tidehub mindestens 5 Meter betragen. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt greifen die Staudämme sehr stark in das ökologische Gleichgewicht ein, da die Tidephasen stark verschoben werden und so den natürlichen Gezeitenrhythmus verändern, an den sich die Flora und Fauna angepasst hat. Außerdem behindern die Mauern die Wanderung von Fischen und allen anderen Wasserlebewesen extrem.
Die zweite und neuere Methode verzichtet dagegen komplett auf Staumauern, indem die Turbinen einzeln auf dem Meeresboden, oder unter Plattformen im Freiwasser installiert werden. Bei ablaufenden und steigenden Wasser entstehen Starke Strömungen, die durch die Turbinen fließen und Strom erzeugen. Deshalb muss der Tidehub auch keine 5 Meter betragen, da die Energie durch den Strömungsdruck und nicht dem Gezeitendruck erzeugt wird. Deshalb kann diese Methode nicht nur in Gewässern mit Tide gebaut werden, sondern in allen mit starker Strömung.
Dabei wird kaum in die Umwelt eingegriffen, da die Tidephasen nicht Verzögert oder anders Beeinflusst wird. Außerdem können Meerestiere, wie gesagt anders als bei der Staudammmethode ungehindert wandern.

UNGLEICHMÄSSIGE STROMPRODUKTION

Wie man sieht haben Gezeitenkraftwerke, vor allem die zweite Variante, viele Vorteile. Leider findet aber diese Technik in der Energiewende kaum Beachtung, da sie nur lokal und begrenzt eingesetzt werden kann. Das größte Makro ist aber, dass die Kraftwerke in dem 12 Stunden Dauernden Gezeitenzyklus durch die unregelmäßig starke Tide nicht gleichmäßig Strom produzieren können (Einzige Ausnahme ist, wenn die Kraftwerke in dauerhafter Strömung gebaut werden) und, da der Hochwasserpegel teilweise sehr schwach oder sehr stark ausfällt, auch teilweise die Kraftwerke sehr schwach oder sehr stark arbeiten.
Trotzdem lassen sich auch die Gezeiten effektiv und sinnvoll in die grüne Energiewende einbinden, denn mit den Kraftwerken lassen sich die Lokalen Küstenregionen effektiv mit ökologischem Strom versorgen, insbesondere auf Inseln wie Helgoland würde damit energetische Unabhängigkeit erreicht werden, was hohe Kosten für den Stromtransport wegfallen lassen würde.
In diesem Sinne: Möge die Tide mit uns sein.

Finn ist 16 Jahre alt und in der Ortsgruppe Stade-Buxtehude aktiv. Er geht in die zehnte Klasse.

ENERGIEWENDE IST FRIEDENSPOLITIK – SCHWERTER ZU WINDMÜHLEN

VON VOLKER BAJUS, MDL

Wenn für die Energiewende gestritten wird, stehen Klima- und Umweltschutz sowie die Risiken der Atomkraft meist im Vordergrund. Häufig ergänzen wirtschaftliche Argumente die Debatte. Erneuerbare Energien sind volkswirtschaftlich günstiger, schaffen nachhaltige Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung, sind Zukunftstechnologien.

Nicht selten fällt auch das Stichwort „Demokratie": Die dezentrale Erzeugungsstruktur der Erneuerbaren Energien befördert breit gestreute Besitzverhältnisse. Statt monopolartiger Großkonzerne sind es häufig Stadtwerke, Genossenschaften und Privatleute, die den Ökostrom produzieren. Die Energiewende, ein lokales Bürger*innen-Projekt dessen Nutzen gerechter verteilt ist.

Die Energiewende ist aber auch ein wichtiger friedenspolitischer Beitrag. Die Klimakrise gefährdet viele Teile der Welt. An den Küsten drohen durch den Anstieg des Meeresspiegels und immer schwerere Sturmfluten ganze Landstriche unterzugehen. Nicht nur Inseln wie vor Ostfriesland oder die Fidschis würden vernichtet, sondern auch Metropolen wie Hamburg oder Singapur. In dicht besiedelten Ländern wie den Niederlanden oder Bangladesch sind viele Millionen Menschen in Gefahr. Die US-Forschungsorganisation Climate Central prognostiziert schon bei einem Temperaturanstieg von zwei Grad 130 Mio. Betroffene, bei vier Grad über eine halbe Mrd.

GEFLÜCHTETE UND RESSOURCENKONFLIKTE

Die UN rechnet bei einer ungebremsten Klimakrise bis 2050 mit zusätzlich 200 Mio. Geflüchteten. Auseinandersetzungen um klimabedingt knapper werdende Ressourcen wie Wasser und fruchtbaren Boden nehmen zu. Heute schon in Palästina und Israel, in Ägypten und dem Sudan, auch in Syrien oder Mali sowie zwischen Türkei und Irak. Besorgt schaut man auf den möglichen Konflikt zwischen China und Indien um den Brahmaputra, auf dessen Wasser China spekuliert.

Volkswirtschaften geraten unter Druck, wenn überlebenswichtige Güter wie Wasser und in der Folge Getreide und Gemüse, Holz, Fleisch oder Fisch knapp werden. Der damit einher gehende Verteilungs- und Migrationsdruck verschärft (inner-)staatliche Konflikte und Abschottungstendenzen. Es drohen Krisen, Bürgerkriege und Staatszerfall. Aus Gründen der Prävention ist Klimaschutz daher auch sicherheitspolitisch dringend geboten.

MILITÄR UND FOSSILE ENERGIEN

Ein weiteres sicherheitspolitisches Problem stellt die (weit verbreitete) militärische Absicherung fossiler Energien dar. Förderung, Transport und Verarbeitung sind technisch aufwendig und kapitalintensiv. Dafür braucht es zentralistische Strukturen, die allein von mächtigen großen (Staats-)Konzernen unterhalten werden können. Die Ausbeutung von Mensch und Natur sind Teil des Geschäftsmodells – Menschenrechtsverletzungen und Landvertreibungen dabei Kollateralschäden.

Von der Kolonialgeschichte bis heute zielen militärische Einsätze nicht selten auf den ungehinderten Zugriff auf fossile Energievorkommen. So geschehen beim Schah-Putsch im Iran in den 50er Jahren oder in den 90ern im Irak beim Krieg ums Öl. Auch bei den Konflikten im Kaukasus oder der Ukraine geht es u.a. um die Sicherung von Pipelines.

Fossile Energien sind in der globalisierten Welt stets auch militärisch begleitet und begünstigen Konflikte. Der Umstieg auf Erneuerbare ist daher nicht nur bester Klimaschutz sondern zudem ein wichtiger Beitrag für eine konfliktärmere, gerechtere und friedlichere Welt.

Volker Bajus, Sprecher für Umwelt- und Energie der GRÜNEN Landtagsfraktion, war bis 2013 Bildungsreferent beim internationalen Kinderhilfswerk terre des hommes.

EIN INTERVIEW MIT BIRGIT HUNEKE ÜBER DIE GORLEBEN-PROTESTE

VON SVENJA APPUHN

IGEL: Die meisten unserer Leser*innen waren noch gar nicht geboren, als Gorleben zum Endlagerprojekt wurde. Erzähl doch mal, wie es dazu kam.

Birgit: Am 22.Februar diesen Jahres begehen wir den 40. Jahrestag der Standortbenennung Gorleben.

Im Jahr 1977 wurden in der BRD fünf Standorte für eine mögliche atomare Endlagerstätte angedacht, dazu gehörte auch Gorleben. An diesen Orten brannte dann aus unbekannten Gründen plötzlich der Wald. Am 22. Februar 1977 benannte der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht dann den Standort Gorleben als nukleares Entsorgungszentrum, was in erster Linie eine politische Entscheidung war.

Unser Landkreis liegt nun wie eine Zunge des Landes ganz am Rand von Niedersachsen, von der Elbe und der Grenze zur damaligen DDR umrahmt. Da hielt man den dazu noch sehr dünn besiedelten Landkreis geradezu für optimal: Er hätte im Notfall gut abgeriegelt werden können. Aufgrund der geringen Besiedlung hielt man außerdem die Wahrscheinlichkeit, dass Widerstand aufkeimen könnte, für sehr gering. Das war der erste gedankliche und taktische Fehler.

Quelle der Bilder auf S. 33-36:
Ingrid und Werber Lowin

IGEL: Und wie reagierte die Bevölkerung im Wendland auf die Standortbenennung?

Birgit: Damals waren es vor allem eine Handvoll Hausfrauen und die bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe, die sich gegen die Vorhaben wehrten. Am 2. März 1977, also schon zwei Wochen nach der Standortbenennung, hat sich die „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg" (BI) zu einem eingetragenen Verein gegründet.

Am 13. März 1977 fand dann die erste riesengroße Demonstration mit ca. 20 000 Teilnehmer*innen auf der Waldbrandfläche bei Gorleben statt.

Die Menschen haben sich sehr schnell sehr schlau gemacht, haben Fragen gestellt, haben Widersprüche, Taktiken und Lügen der Politik aufgedeckt.

1979, nach zwei Jahren politischem Widerstand, tausenden von Anzeigen und Leserbriefen war eine Antwort auf die Pläne der Regierung der berühmt gewordene „Gorleben-Treck" nach Hannover. Es fuhren hunderte von Trecker nach Hannover, immer mehr Demonstrant*innen schlossen sich dem Zug an und am Ende waren es über 100 000 Menschen, die in Hannover standen und Herrn Albrecht und der Landes- und Bundes-

politik klar machten „Wir sind hier, wir bleiben hier und wir werden das nicht hinnehmen!“

IGEL: Kann man von einer kollektiven Politisierung des Wendlands durch die Proteste sprechen?

Birgit: Naja, politisch sah das vorher ziemlich mager hier aus, es gab nicht viel zu beackern. Es war eine sehr ruhige, bäuerliche Gegend und die Probleme doch eher einfach. Mit dem Thema der atomaren Endlagerung hat sich der Landkreis wahnsinnig verändert. Spätestens mit dem Hüttendorf 1004 kamen nochmal viele, viele Menschen in den Landkreis, die auch hier blieben. Nicht nur, um sich dem Widerstand anzuschließen, sondern auch um hier ein alternatives Leben zu führen. Das führte natürlich auch zu sozialen Konflikten zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und der alternativen, zugezogenen Stadtbevölkerung. Sowohl die Einheimischen, als auch die Zugezogenen haben über die Jahre daran gearbeitet.

Aber auch innerhalb von Familien hat es zum Teil große Spannungen gegeben: Es ging dabei teilweise um Grundstücksverkäufe für die Endlagerstätte, an denen sich Familien entzweiten.

Doch allerspätestens seit 1980 und dem Hüttendorf 1004 ist der Widerstand im Wendland wirklich gefestigt. Diese Zeit der Kriminalisierung, der Bespitzelung, der polizeilichen Härte, das hat die Menschen hier verändert.

IGEL: Du sprichst vom Hüttendorf 1004 - was war das überhaupt und warum ist es so berühmt geworden?

Birgit: Das Hüttendorf 1004 ist im Mai 1980 entstanden. Damals wurde auf der Waldbrandfläche das Loch 1004 gebohrt. Das Loch war eines von vielen für Tief- und Flachbohrungen, um zu erforschen, ob eine Endlagerung geologisch möglich ist. Mehr als 1000 Menschen haben dann diese Fläche besetzt und innerhalb kürzester Zeit über 150 Hütten verschiedenster Größe und Architektur errichtet und dort dann auch gelebt. Es gab sogar eine eigene Stromversorgung und von Anfang an wurden die Besetzer*innen mit Essen und Trinken von der Bevölkerung versorgt.

Berühmt geworden ist das Hüttendorf vor allem, weil tausende Besucher*innen kamen, darunter auch der damalige Juso-Chef Gerhard Schröder, der damals dort eine Rede gehalten und seine Solidarität mit den Besetzer*innen bekundet hat. Auf 1004 wurde die freie Republik Wendland ausgerufen. Es gab auch einen Pass, den Wendenpass, den es noch heute gibt und es gab auch einen eigenen Radiosender, der bis heute sendet. Damals illegal, heute ist er eingebunden im Radio Zusa, einem lokalen, nichtkommerziellen Radiosender im Nordosten Niedersachsens. Nach 33 Tagen, im Juni 1980, wurde das Hüttendorf von einer Planierraupe zerquetscht. Der Radiosender hat die Räumung live übertragen, soweit man das beim damaligen Stand der Technik so sagen kann.

Der Sender aus dem Hüttendorf, der damals von

einer Planierraupe überfahren worden ist, steht heute im Technikmuseum in Berlin und ist das einzige deutsche Exponat in der Kategorie „verbotene Kommunikation".
Man kann sagen, dass das Hüttendorf wirklich ein Break war in unserer Bewegung. Nicht nur die 33 Tage, sondern auch die Räumung: Sie war die härteste in der Nachkriegsgeschichte der BRD. Das hat die Menschen natürlich geprägt und nicht nur die Menschen, die hier wohnen!

IGEL: Das Hüttendorf ist nur ein Beispiel für die Kreativität eures Protests. Welche Aktionen des Widerstands sind dir darüber hinaus besonders in Erinnerung geblieben?
Birgit: Ob Blockaden, Leserbriefe, Anzeigen, kulturelle Veranstaltungen oder andere Aktionen – die Menschen im Wendland waren immer sehr kreativ. Als der erste Castor (Transportbehälter für hochradioaktiven Müll, transportiert auf Schienen und Straße) 1995 Richtung Gorleben fuhr, war das wieder ein Break wie 1980 mit dem Hüttendorf. Insgesamt stehen heute 113 Castoren mit hochradioaktivem Müll im Zwischenlager Gorleben.

Die Castortransporte und die Proteste symbolisierten noch einmal die Kraft und die Kreativität des Widerstands. Die Unterstützung von auswärts war gigantisch, viele Gruppen kamen ins Wendland, um mit der einheimischen Bevölkerung zu demonstrierten und viele damalige Prominenzen drückten ihre Solidarität in Zeitungsartikeln und Leserbriefen aus.

Als Versammlungsverbote ausgesprochen wurden und ganze Dörfer nicht mehr zu ihren Höfen kamen, haben die Menschen, trotz ihres Entsetzens über diese Zustände, kreativ improvisiert. Viele Aktionen haben stattgefunden, auf der Straße wie auf den Schienen. Am 3. März 1995 fuhren bei der Stunk-Parade 573 Einzeltraktoren, Mähdrescherund Schlepper mit Anhängern von Gorleben zum Kundgebungsplatz bei Splietau. Dort trafen sie auf 30 000 Menschen. Eine großartige Demonstration gegegn den Atomstaat. Als der Castor-Konvoi am 5. März mit sechs Behältern bereits Dannenberg passiert hatte, kam es zu einem Überfall der Polizei auf eine noch bestehende Treckerblockade, bei der mehr als 50 Traktoren schwer beschädigt wurden.

Bis zu 50 Anwälte waren zu Hochzeiten für uns tätig und haben vor Gericht in Zivil- und Strafverfahren für die Demonstrant*innen gestritten. Der Widerstand war auch eine riesige logistische Herausforderung: Wir haben teilweise 20 000 Menschen im Landkreis gehabt, die versorgt und koordiniert werden mussten. Es gab Volksküchen, es gab Sach- und Materialspenden der hiesigen Bevölkerung. Eine alte Dame zum Beispiel wollte ihren Beitrag leisten und hat jeden morgen fünf Brote gebacken.
Und immer gab es Volksküchen, die die Demonstrant*innen mit Essen versorgt haben.
Alten Damen kamen vorbei und haben geschnippelte Möhren vorbeigebracht und eine alte Frau

hat 5 Brote gebacken, weil sie mehr nicht backen konnte. Das reichte natürlich hinten und vorne nicht, aber jeden Morgen fuhr dann ein Motorradfahrer zu dieser Frau und holte die Brote. Und als es kalt wurde, da kamen die Leute mit dem Auto zu den Schienen und packten Federbetten aus, damit die Demonstrant*innen nicht frieren mussten.

IGEL: Ich habe das Gefühl, dass viele Menschen im Wendland ein schwieriges Verhältnis zur Polizei haben. Wieso?

Birgit: Die Menschen haben nicht alle ein schwieriges Verhältnis zur Polizei! Aber 1996 und 1997 war es unbestritten nicht einfach. Es wurden Grundrechte ausgehebelt: Da wurden Höfe bespitzelt, Telefone abgehört, manchmal drei Hausdurchsuchungen pro Woche durchgeführt.

1997, als 5000 Menschen den Verladekran blockierten, waren es nachts um die null Grad und die Polizei setzte die Wasserwerfer ein. Zu rechtswidrigen Einkesselungen von teilweise 1000 Menschen über Stunden bei Minusgraden kam es auch bei späteren Transporten. Und es gab noch mehr schreckliche Bilder: So zum Beispiel, als der damals schon gehbehinderte Adi Lambke, der sich an einer Trecker-Blockade beteiligt hatte, vor laufenden ZDF-Kamera von der Polizei blutig geschlagen wurde.

Das waren Zustände, die einen sprachlos machten.

Birgit Huneke ist 57 Jahre alt, hat zwei Töchter und lebt seit 1981 im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Wendland). Seit sie im Wendland lebt, war sie Teil der Widerstandsbewegung und arbeitete im Büro der „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg" (BI). Am Leben im Wendland begeisterte sie auch das alternative Leben. Sie hatte immer einen großen Garten, Ziegen, Pferde und eine kleine Landwirtschaft.

Von 1996 bis 1996, während zwei großer Castortransporte, war sie Vorsitzende der BI, die eine zentrale Rolle bei der Organisation der Protestbewegung gespielt hat. 2001 hat sie das „Gorleben-Archiv", das „Geschichte zeigt, die noch keine ist", mitbegründet und leitet es seit 2014.

INTERVIEW MIT BIRGIT HUNEKE

WER MEHR ÜBER DIE PROTESTBEWEGUNG IM WENDLAND ERFAHREN MÖCHTE, KANN DAS GORLEBEN ARCHIV BESUCHEN. DORT WERDEN VERSCHIEDENSTE QUELLEN AUS DEM WIDERSTAND ARCHIVIERT UND AUSGESTELLT.
INFORMATIONEN UNTER WWW.GORLEBEN-ARCHIV.DE

DAS INTERVIEW FÜHRTE:

Svenja, 19, macht zur Zeit ein FSJ bei der Stiftung Leben & Umwelt. Sie war vor einiger Zeit im Wendland und bedauert manchmal, dass sie die Proteste dort nicht live miterlebt hat.

Dein Jugendmedienfestival
24.-28. Mai 2017
Loxstedt bei Bremerhaven
jmc-nw.de

Workshops: Analoge Fotografie **Band** Digitale Fotografie **Kurzfilm** Layout **Performance** Poetry Slam **Radio** Theater **Zeitung** Macht der Medien

Jetzt anmelden!

Das Jugendmediencamp Nordwest 2017 wird von der Jungen Presse Niedersachsen in Kooperation mit dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. und der Aktion Mensch e.V. veranstaltet

„ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN!“

EIN PORTRAIT DES VEREINS „BÜRGERENERGIEWENDE SCHAUMBURG E.V.“ UND SEINER GRÜNDER*INNEN

VON BELA MITTELSTÄDT

Hannes Kohlenberg wohnt in einem kleinen Haus in Bückeburg, einer Kleinstadt nicht weit von der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Schon dieses Haus ist ein Statement. Es wurde nach modernsten Energiestandards gebaut und produziert in der Bilanz mehr Energie als es verbraucht.

SCHON DIESES HAUS IST EIN STATEMENT

Von hier aus hat er auch politisch einiges erreicht. 2013 gründete er mit einigen Mitstreiter*innen einen Arbeitskreis, der das Thema Energiewende in meinem alten Landkreis Schaumburg von unten an die politische Tagesordnung bringen sollte. Für einen dicht besiedelten Flächenkreis war und ist das auch dringend nötig.

Der Arbeitskreis BürgerEnergieWende Schaumburg sollte die Stimmen und Akteure im Landkreis, die sich für eine ambitionierte Energiewende aussprechen, zusammenbringen und ein Sprachrohr sein. Monatlich kamen einige interessierte Menschen, von denen man oft gar nicht erwartete, dass sie auch nur im entferntesten für grüne Politik zu begeistern waren: Zur Besichtigung einer Photovoltaikanlage, einer besonders fortschrittlichen und ökologischen Biogasanlage oder einem Plusenergiehaus. Danach diskutierten sie über die politischen Rahmenbedingungen und wie man lokal noch mehr für solche Projekte tun kann. Der Beharrlichkeit und der Begeisterung der Koordinator*innen dieser Arbeitskreise und ihrer Besucher*innen ist es zu verdanken, dass inzwischen ein Verein entstanden ist, der regelmäßig Energiewendeprojekte im ganzen Landkreis öffentlichkeitswirksam fördert und in das Bewusstsein seiner Bürger*innen und ihrer Vertreter*innen setzt.

BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFT SCHAUMBURG

Eines dieser Projekte verkörpert genau das, was sich grüne Lokalpolitiker*innen und Wahlkämpfer*innen hinter dem blumigen Wort Bürger*innenenergiewende vorstellen. Auf der Fläche der Samtgemeinden Nenndorf und Lindhorst soll in den diesem Jahr ein schon bestehender Windpark aus vier Windenergieanlagen um bis zu vier weitere Anlagen ergänzt werden. Federführend vom Verein wurde die Bürgerenergiegenossenschaft Schaumburg ins Leben gerufen. Mit dieser Genossenschaft wurden innerhalb weniger Monate fast 200000 Euro eingesammelt. Mit 600 000 Euro, also circa 20 %, der Kosten einer 2,4 Megawatt-Windenergieanlage, könnte eine Anlage durch Genossenschaftsanteile verwirklicht werden. Die Investor*innen und Projektierer dieses Windparks sind eigentlich nicht auf dieses Geld angewiesen. Durch die Beteiligung der Genossenschaft erhoffen sie sich jedoch eine höhere Akzeptanz der Anwohner*innen.

Der Windpark stand schon mal unter einem schlechteren Stern. Angefeuert durch Proteste lokaler Gegner*innen zeichnete sich Ende 2016 ab, dass keine Mehrheit für die Genehmigung

gefunden werden könnte. Unter anderem weil der Vereinsvorstand und seine Mitglieder einen Brief an die verantwortlichen Politiker*innen richtete, konnte der Windpark doch noch am 30.12.2016 durchgewunken werden. Kurz bevor die von der Großen Koalition in Berlin vorgenommenen Änderungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) greifen sollten. Diese hatte entgegen aller Vernunft eine Ausschreibungspflicht für Windenergieprojekte durchgesetzt. „Die Großwetterlage für die Bürgerenergiewende sieht schlecht aus. Die Große Koalition in Berlin will die Energieerzeugung weiterhin in der Hand weniger Großkonzerne sehen." fasst Hannes seine Einschätzung dazu zusammen. Deshalb sei es grade jetzt notwendig, Bürger*innenprojekte anzustoßen und sich nicht entmutigen zu lassen, auch wenn es für Vorhaben wie dem Windpark im Nordosten Schaumburgs in Zukunft nicht einfacher wird, sich gegen finanzkräftigere Investor*innen durchzusetzen.

NACH DER REALISIERUNG WIRD ES WEITERGEHEN

Der nächste Schritt für die Genossenschaft ist jetzt, weiter Teilhaber*innen zu werben. Als erstes will man Anwohner*innen gewinnen und begeistern. Nach der Realisierung wird es weitergehen. Energieerzeugung bleibt nur ein Teil von dem, was wir heute unter dem Begriff Energiewende verstehen. Die Energie, die eingespart werden kann, trägt zentral zur Umsetzung der Ziele 100 % erneuerbare Energien bei. Die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen geht in ihrem Energieszenario, das sie 2013 veröffentlicht hat, davon aus, dass bis zum Jahr 2040 bis zu 55 % der heute verbrauchten Energie durch Strom und Wärme eingespart werden sollte und müsste. Ein Drittel der in Niedersachsen verbrauchten Energie entfällt heute demnach auf die Zurverfügungstellung von Wärme in Gebäuden. Nur

STECKBRIEF BÜRGERENERGIEWENDE SCHAUMBURG E.V.

Gründung: 2013

Mitglieder: 73

Aus der Satzung: „Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Energiewende im Landkreis Schaumburg unter intensiver Beteiligung der Bürger/innen und zum größtmöglichen Nutzen der Region. Unter „Energiewende" verstehen wir das Ziel, den Landkreis Schaumburg zu 100% mit Erneuerbaren Energien zu versorgen, die hier gebraucht und möglichst auch produziert werden."

wenige Gebäude sind bisher auf neueste Standards der Dämmung umgerüstet.

GROßES EINSPARPOTENZIAL

Die Fraktion sieht an dieser Stelle ein großes Einsparpotential. Dieses Potential haben auch der Verein und seine Mitglieder erkannt. Dafür wurde jetzt ein „Kompetenzteam Gebäude" eingerichtet. Dort sitzt ein Gruppe Spezialist*innen zusammen und überlegt sich Ideen und Konzepte, um dieses Thema im Kleinen bekannter zu machen und damit voranzubringen. Alles ehrenamtlich natürlich.

INITIATIVEN DIESER ART SIND EINE GROßE CHANCE

Initiativen dieser Art sind die große Chance der Energiewende, die Leute mitzunehmen und unsere Energieversorgung zu demokratisieren. Dieser Wandel, der als Bürger*innenprojekt begann, sollte auch als solcher enden! Dafür sollten auch die Grünen und die Grüne Jugend weiter eintreten. Nach dem Gespräch geht es weiter mit dem Kampf für diese Vision. Ein paar Tage später wird Hannes seinen Verein in Chemnitz vorstellen. Das Modell soll Schule machen. „Es gibt noch viel zu tun!" sagt er.
Am Ende geht es für ihn jedoch nur um eines: Die Energiewende als Notwendigkeit zu begreifen, um unsere Erde vor den bedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren. „Denn am Ende haben wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt."

ZUM WEITERLESEN:
- Verein: buergerenergiewende-schaumburg.de
- Genossenschaft: bengshg.de
- Energieszenario: fraktion.gruene-niedersachsen.de

Bela Mittelstädt ist Politischer Geschäftsführer der GJN und stolzes Gründungsmitglied des beschriebenen Vereins. Mit dem Artikel möchte er noch mehr Leute dazu motivieren, sich in ähnlichen Initiativen vor Ort einzubringen. Ihr könnt ihm eine Mail schreiben (bela.mittelstaedt@gj-nds.de) oder bei Twitter folgen (@belamoritz).

GJN-Alumni berichten aus dem Bundestag

DR. JULIA VERLINDEN

Sprecherin für Energiepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Abgeordnete für die Kreise Cuxhaven, Harburg-Land, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Stade und Uelzen
1999-2001 Mitglied im Landesvorstand der GJN

www.julia-verlinden.de
www.facebook.com/jul.verlinden
www.twitter.com/julia_verlinden

Energiewende gerecht gestalten

Der Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima erinnert uns: Atomenergie, Kohlekraftwerke, Erdöl und Erdgas für Strom und unsere Heizungen sowie die Abhängigkeit von Erdöl im Verkehr kosten uns weit mehr, als der Preis an Zapfsäulen oder auf der Heiz- und Stromrechnung angibt. Wir brauchen darum endlich einen angemessenen Preis für das Treibhausgas CO2. Wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen würden, könnten sich Investitionen in Maßnahmen für Klimaschutz und Energieeffizienz schneller bezahlt machen und deutlichen Anschub erhalten.

Privatpersonen und kleine und mittlere Unternehmen zahlen oft wesentlich mehr für Energie als große und energieintensive Unternehmen. Die Steuern und Abgaben auf Energie müssen zwischen kleinen und großen Verbraucher*innen gerechter verteilt werden.

Absurderweise wird Energieverschwendung von der Bundesregierung sogar belohnt. Denn sie subventioniert ökologisch schädliches Verhalten mit mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr. Schwere Dienstwagen, billiges Flugbenzin und schmutzige Braunkohle brauchen keine Förderung von Steuerzahler*innen!

Wir sind die letzte Generation, die noch eine Chance hat, die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu begrenzen. Die Bundesregierung jedoch droht selbst ihre eigenen (wenig ambitionierten) Energiewendeziele zu verfehlen. Ohne wirksame neue Instrumente, um Energiesparen, Effizienz und erneuerbare Energien voranzubringen, werden wir die Energiewende nicht rechtzeitig schaffen. Lasst uns im Wahljahr 2017 gemeinsam für ein zukunftstaugliches und gerechtes Energiesystem kämpfen!

Ihr wollt mehr über meine Arbeit im Bundestag erfahren? Abonniert gerne meinen Newsletter (unter http://julia-verlinden.de/newsletter/).

Kontaktdaten

Dr. Julia Verlinden, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227 75077
Fax: +49 (0)30 227 76077
julia.verlinden@bundestag.de

Regionalbüro Lüneburg
Eike Weiss
Auf dem Wüstenort 4/5
21335 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 219 70 93
julia.verlinden.ma11@bundestag.de

Regionalbüro Lüchow-Dannenberg
Dieter Schaarschmidt
Marschtorstr. 57
29451 Dannenberg
Tel: +49 (0)5861 9890212
julia.verlinden.ma12@bundestag.de

SVEN KINDLER

Sprecher für Haushaltspolitik der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordneter für die Region Hannover, die Landkreise Heidekreis, Rotenburg und Osterholz
Sprecher der GJN von 2007 bis 2009

www.sven-kindler.de
www.twitter.com/sven_kindler
www.facebook.com/svenkindlermdb

Für den Politikwechsel kämpfen

2016 war politisch ein übles Jahr. Auch 2017 wird politisch hart. Zeit für uns die Auseinandersetzungen anzunehmen. Lasst uns kämpfen für einen radikalen ökologischen Wandel. Für eine sozial gerechte Gesellschaft, in der jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. Für eine zuversichtliche, der Welt zugewandte Politik. Für eine Politik, die Hoffnung statt Angst macht.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien rennen wir den Rechtspopulisten nicht hinterher. Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, brauchen unseren Schutz. Wir müssen unser Asylrecht verteidigen und verbessern. Lasst uns weiter kämpfen für die Ehe für alle, Equal Pay für Frauen, die doppelte Staatsbürgerschaft, für sichere Herkunftswege für Geflüchtete. Klare Kante gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft, alerta!

2017 geht es um soziale Gerechtigkeit. Der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist gefährdet. Obwohl die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Durchschnitt gut ist, ist die Ungleichheit bei Vermögen nirgendwo in der Euro-Zone so groß wie bei uns. Millionen Kinder leben hierzulande in Armut, das Rentenniveau sinkt immer weiter und die Mieten in unseren Städten steigen rasant. Wir müssen weiter streiten für mehr bezahlbaren Wohnraum, eine Garantierente, für eine Kindergrundsicherung und gerechte Bildung, um Kinderarmut zu bekämpfen. Dafür wollen wir auch Superreiche über eine Vermögenssteuer wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Es ist höchste Zeit für mehr Gerechtigkeit!

2017 kommt es auf uns an: Lasst uns gemeinsam für einen Politikwechsel kämpfen!

Euer Sven

Kontaktdaten

Sven-Christian Kindler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 (0)30 227 74232
Fax: + 49 (0)30 227 76232
sven-christian.kindler@bundestag.de

Regionalbüro Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Telefon: +49 (0)511 70036844
Fax: 0511 3008966
sven-christian.kindler.wk01@bundestag.de

Regionalbüro Soltau
Bahnhofstraße 17a
29614 Soltau
Telefon: +49 (0)5191 938561
Fax: 05191/ 938462
sven-christian.kindler.wk02@bundestag.de

ÜBER DAS FSJ POLITIK IN DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION

VON HENDRIK DRÖSSLER

Hallo liebe*r Igelleser*in,
mein Name ist Hendrik und ich bin seit dem 1. September 2016 in der grünen Landtagsfraktion als Freiwilligendienstleistender eingestellt und möchte hier einige Erfahrungen, die ich in den letzten fünf Monaten gemachte habe, mit euch teilen.

BEWERBUNGSGESPRÄCH IN DER FRAKTION

Also fange ich mal von Vorne an: Auf die Stelle aufmerksam geworden bin ich über das Onlineportal der LKJ Niedersachsen, den Organisatoren des FSJ-Politik in Niedersachsen. Nach einem unkomplizierten Onlinebewerbungsverfahren Anfang Januar wurde ich dann auch schon im Mai zum Bewerbungsgespräch in die Fraktion eingeladen. Als es dann soweit war, musste ich erst einmal feststellen, dass die Stelle im Landtag scheinbar ziemlich beliebt zu sein scheint, neben mir versammelten sich im Hof vor dem Bürokomplex etwa 20 andere Jugendliche. Los ging es dann mit einer sehr kreativen Fragerunde: Julia Hamburg (Jugendpolitische Sprecherin, MdL) stellte politische Thesen auf und wir Bewerber*innen mussten uns entweder links oder rechts im Raum für Zustimmung oder Ablehnung verteilen und im Anschluss unsere Position argumentativ begründen. Danach wurde die Gruppe in zwei Hälften geteilt, die eine ging auf eine Besichtigungstour mit Marcus (Fraktionsgeschäftsführer) durch die Fraktion und den Landtag, während die andere mit Anja (Fraktionsvorsitzende) in kleiner Runde diskutieren durfte. Dabei wurde mir schnell klar: die Personen, die sich hier bewerben, haben weitaus mehr Ahnung von politischen Strukturen und dem Tagesgeschehen als ich, teilweise haben Einzelne schon Praktika oder Projekte bei und mit Parlamentariern gemacht oder sich in der Schülervertretung oder anderen Verbänden politisch engagiert. Parallel dazu wurden Einzelne der Reihe nach zum persönlichen Gespräch aus der Runde geholt. Als es dann bei mir soweit war, war ich natürlich erstmal richtig nervös. Das erste Bewerbungsgespräch meines Lebens und dann direkt in Konkurrenz zu so vielen, größtenteils sehr viel politisch interessierteren Menschen als ich. Ein paar Fragen haben mich echt auf dem kalten Fuß erwischt, zum Beispiel wurde ich gefragt, was ich mir als mein persönliches Projekt vorstellen könne. Meine Reaktion fiel dann so aus: „Ähhh, Welches persönliche Projekt? Ich wusste gar nicht, dass es so etwas gibt ". Egal, scheinbar muss ich trotzdem irgendwie überzeugt haben, eine Woche später erhielt ich dann den Anruf, in dem mir mitgeteilt wurde, dass ich eingestellt werde, Erfolg! Hat sich auf jeden Fall schöner angefühlt als nach dem Abi.

WAS ICH SO DEN GANZEN TAG MACHE

Nun gut, dann mal dazu, was ich hier so den ganzen Tag mache: Ich habe keine richtige Zuständigkeit, klingt blöd, ist es aber nicht: Dadurch habe ich die Möglichkeit, überall mitzumachen, wo ich möchte. Wenn beispielsweise eine spannende Anhörung im Sozialausschuss zum Thema „Wahlalter 16" stattfindet, frage ich die hier zuständigen Personen, ob ich dazu etwas beitragen kann. In dem Falle durfte ich die zuvor eingegangenen Stellungnahmen bearbeiten und auf Pro/Contra Argumente zur grünen Position (Wahlalter senken ist prinzipiell gut) untersuchen. Abschließend war ich dann dazu im Ausschuss und konnte mir noch mal ein detaillierteres Bild machen. Fun Fact: Alle 16 Anzuhörenden

waren grundsätzlich für eine Senkung des Wahlalters in Kombination mit mehr jugendpolitischer Bildungsarbeit. Viele sprachen sich auch für 14 als Erstwahlalter aus. Nur die Konrad-Adenauer Stiftung war dagegen, die Argumentationslinie war kaum, um nicht zu sagen gar nicht, nachvollziehbar. Das wurde dann auch bei der Anhörung deutlich, alle eingeladenen Gäste argumentierten gnadenlos gegen die Stiftung. Schade nur, dass für eine solche Absenkung des Wahlalters auch die CDU mit an Bord geholt werden muss, schließlich müsste dafür die Landesverfassung geändert werden, was eine 2/3 Mehrheit im Parlament voraussetzt. Diese wird es aber höchstwahrscheinlich nicht geben. Um den sozialpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion zu zitieren: „Dafür finde ich in meiner Fraktion keine Mehrheit". Dabei würden lediglich 9 Abgeordnete reichen, die FDP Fraktion würde wahrscheinlich auch zustimmen. Dass die Durchschnittswählerschaft der CDU über 50 Jahre alt ist, spielt bei dieser Positionierung selbstverständlich keine Rolle.

PLENARDEBATTEN UND VERANSTALTUNGEN DER FRAKTION

Gut, das war ein Beispiel. Ansonsten verfolge ich Plenardebatten mit, sofern sie mich interessieren, nehme an Fraktions- und Vorstandssitzungen teil, gehe in Ausschüsse, wenn spannende Gesetze und Ähnliches beraten werden oder nehme an Arbeitskreisen zu Themenfeldern wie Innenpolitik teil. Das ganze erfolgt eher als stiller Beobachter, ist aber dennoch überaus interessant. Darüber hinaus helfe ich regelmäßig bei der Organisation von Veranstaltungen der Fraktion mit. So durfte ich im November letzten Jahres sogar eine Veranstaltung der Abgeordneten Filiz Polat zum Thema „10 Jahre Härtefallkommission " von der Pike auf komplett selbst organisieren. Das bedeutet: ein Konzept erarbeiten und es dem Vorstand vorlegen, einen Finanzantrag stellen, sich um die Räumlichkeiten kümmern, Catering bestellen, einen Adressverteiler anlegen, Hintergrundinfos für Filiz sammeln, Einladungen und „Save the Date"- Mails rausschicken und und und. Es war auf jeden Fall eine sehr lehrreiche und spannende Erfahrung. Hinter solchen scheinbar kleinen Fachveranstaltungen steckt viel mehr Aufwand als man auf den ersten Blick vermuten mag.

AUSSENTERMINE UND E-MAIL ADRESSEN

Ansonsten begleite ich auch öfter mal Abgeordnete zu interessanten Außenterminen. Neulich war ich beispielsweise mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur in einer Führung durch das erweiterte Sprengelmuseum (das Land hat die Erweiterung bezahlt) und mit Anja, Ottmar und Julia bei der Eröffnung der Landeszentrale für politische Bildung. Dazu kommen natürlich ab und zu auch unliebsamere Aufgaben, die dennoch gemacht werden müssen. So habe ich zum Beispiel den halben Dezember damit zugebracht die Anschriften und Emailadressen aller grünen kommunalen Fraktionsvorsitzenden rauszufinden, das sind etwa 440 Stadträte/Gemeinderäte/Kreistage die ich alle einzeln googeln musste. Der Hintergrund dazu ist, dass die Fraktion zu einem „Kommunalfraktionsvorsitzendemempfang" Anfang Februar einlädt. Die ganze Zeit Gemeindewebsites aus dem letzten Jahrhundert durchzuklicken und nach Infos zu durchsuchen ist auf jeden Fall nicht so schön. Ich bin froh, dass das vorbei ist. Natürlich gibt es auch viele kleinere Highlights: zum Beispiel findet immer um halb zehn die sogenannte „Lage" statt. Hier trägt der Pressesprecher unserer Fraktion, Christian, allmorgendlich unsere eigene interaktive Nachrichtensendung vor. Es werden die in der Presse für uns politisch relevanten Themen vorgestellt und darüber gesprochen, was heute öffentlichkeitstechnisch wichtig werden könnte. Oder die rot-grünen Abende: Das ist eine Art „Politikerparty" die einmal jeden Monat am Abend des ersten Plenarsitzungs-

tages stattfindet. Eingeladen wird gemeinsam von der Grünen- und der SPD-Landtagsfraktion zum gemütlichen Austausch bei Essen und Getränken. Spannend ist nicht nur, dass jeder Abend unter einem anderen kulinarischem Motto steht, sondern auch, dass man hier die Möglichkeit bekommt, sich mit Personen zu unterhalten, denen man im Tagesgeschäft normalerweise nicht so häufig begegnet, so beispielsweise Abgeordneten der SPD, Mitarbeitern aus den Ministerien oder dem ein oder anderen niedersächsischen Minister, was schon ziemlich cool ist.

Zusammenfassend lässt sich definitiv sagen: Hier im Landtag macht es echt Spaß zu arbeiten, man hat neben einem interessanten Themenfeld in dem man mittendrin steckt, Politik, auch ein sehr freundliches und warmes Betriebsklima, bekommt die Möglichkeit geboten an vielen spannenden Veranstaltungen teilzunehmen und erlebt politische Entscheidungsfindungsprozesse hautnah mit. Das Beste an allem ist aber definitiv, dass zahlreiche kompetente Ansprechpartner*innen nur eine Bürotür weit entfernt sitzen und gerne Rede und Antwort zu verschiedenen Themen stehen und politische Umstände erklären. Falls ihr noch nicht wisst, was ihr ab nächstem September machen wollt und zwischen 16 und 27 Jahren alt seid, kann ich euch nur ans Herz legen, euch auch für ein FSJ Politik zu bewerben. Der Bewerbungsschluss ist bundesweit der 31.März.

Liebe Grüße aus dem Landtag,

Hendrik :)

Hendrik und seine Lieblingsministerin gemeinsam im Plenum ;-)

Hendrik ist 20 Jahre alt, Igelredakteur und seit Sommer letzten Jahres bei der GJ Hannover anzutreffen.

THEMENSPECIAL

RECHTE MACHEN MOBIL GEGEN GEFLÜCHTETE – NIEDERSACHSENS EXTREME RECHTE IM ORGANISATORISCHEN UND STRATEGISCHEN WANDEL

VON JULIA WILLIE HAMBURG

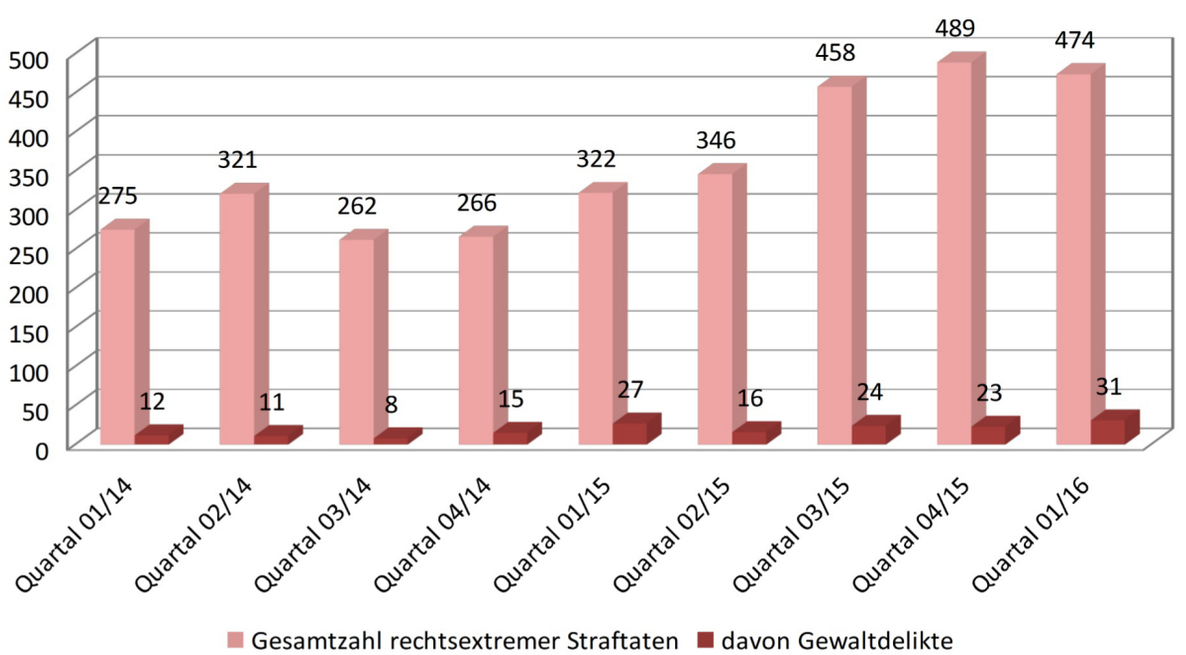
Bundesweit hat die extreme Rechte im Laufe der gesellschaftlichen Diskussionen über Flucht und Asyl ein neues Mobilisierungsthema gefunden. Nach der anfänglich euphorisch begrüßten „Willkommenskultur" im Sommer des letzten Jahres hat sich das politische Klima spürbar verroht. Nicht nur die hasserfüllte Sprache in Sozialen Medien, am Arbeitsplatz, der Schule oder Uni und auf der Straße lässt einen erschrecken.

NEUE RASSISTISCHE MOBILISIERUNG

Auch das Agieren der AfD in einigen Länderparlamenten gibt Anlass zur Besorgnis. Auch die Pegida-Ableger in Braunschweig und Hannover dienten lange Zeit als Sammelbecken für eine neue rassistische Mobilisierung in Niedersachsen. Die extreme Rechte fühlt sich im Aufwind. Die hasserfüllte und menschenfeindliche Stimmungsmache muss im Zusammenhang mit der Zunahme von rechtsextremen Straftaten gesehen werden:

MEHR RECHTSEXTREME STRAFTATEN

2014 wurden landesweit 36 rechte Gewaltdelikte verzeichnet. Allein 2015 wurden mit 91 Delikten mehr als doppelt so viele Gewalttaten begangen. Doch das sind nur die offiziellen Zahlen; die Dunkelziffer bei rechter Gewalt liegt erfahrungsgemäß deutlich höher. 31 Gewalttaten allein im ersten Quartal 2016 zeigen, dass auch in diesem Jahr ein weiterer Anstieg zu befürchten ist. Das zeigt, dass auch in Niedersachsen rechte Gewalt zum Alltag gehört.



Quelle: Grüne Landtagsfraktion Niedersachsen auf Datenbasis des Nds. Innenministeriums

„VIELFÄLTIGER UND UNÜBERSICHTLICHER“ – DAS PHÄNOMEN DER ENTGRENZUNG

Momentan erleben wir einen strukturellen Wandel in der rechten Szene. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der NPD als bislang dominante Kraft des neonazistischen Spektrums. Während diese klassischen Alt-Strukturen zunehmend an Bedeutung verlieren, sorgen neue Formationen und Allianzen wie Pegida und AfD für einen fließenden Übergang von alt bekannten Nazi-Aktivisten hin zur „besorgten“ Mitte der Gesellschaft. Die vielfach im letzten Jahr entstandenen Bürgerwehren sind ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Nazis durch eine vermeintliche Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft legitimiert sehen, Selbstjustiz zu verüben und einen Anschluss in die soggenannte „Mitte der Gesellschaft“ suchen und teilweise finden. So konnte in Schwanewede (Landkreis Osterholz) die dortige – von Bremer Nazis gesteuerte - Bürgerwehr vor Geflüchteten-Unterkünften patrouillieren und Angst verbreiten. ‚Besorgte Bürger*innen‘ und Nazis gingen Seit an Seit auf Streife, spielten sich als lokale Ordnungsmacht auf und erhielten im Ort Beifall von Teilen der Schwaneweder Bevölkerung. Ein weiteres Beispiel für rechte Stimmungmache in Niedersachsen ist der Fall der „Volkshilfe Osnabrück“. Ende 2014 wurde diese rechte Gruppe gegründet und versteht sich als eine Art soziales Projekt von Rechts für deutsche „Landsleute“. Angefangen hat die „Volkshilfe“ mit Hausaufgabenhilfe für “deutsche Kinder” und Sammelaktionen für “deutsche Obdachlose”. Nach den Übergriffen von der Silvesternacht in Köln stieg die „Volkshilfe“ voll in die rassistische Hetze gegen Geflüchtete ein, bediente das Stereotyp des vermeintlich übergriffigen Fremden und stilisierten sich als Verteidiger der deutschen Frauen. Daher verteilte die Volkshilfe Anfang 2016 auch Pfefferspraydosen an „blonde deutsche Frauen“ am Osnabrücker Bahnhof.

Auch in Südniedersachsen mobilisierten Rechtsextreme in neuartigen Konstellationen: In Duderstadt (Landkreis Göttingen) wurden ab Dezember 2015 über mehrere Monate teils wöchentliche Kundgebungen von der Gruppe **„Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“** abgehalten.

Dieser setzt sich aus rechtsextremen Personen aus den Bereichen der Neuen Rechten, des aktionsorientierten und gewaltbereiten Nazi-Spektrums zusammen und unterhält Kontakte zur AfD und NPD und prahlt auch mit Kontakten in die Rocker- und Kampfsportszene. Anfangs haben sie versucht die ‚besorgten Bürger*Innen‘ mit zu mobilisieren, mittlerweile nutzen sie den Freundeskreis vorrangig zur Binnenmobilisierung und als Event, lassen monatlich an wechselnden Orten ‚Happenings‘ stattfinden und vernetzen sich. Auch für den Freundeskreis sind die Feindbilder Geflüchtete, aber auch Antifaschist*Innen, etablierte Parteien und die Presse. Am Beispiel des Freundeskreises lassen sich sehr gut die eingangs beschriebenen personellen und strukturellen Verflechtungen und Netzwerkbildungen skizzieren. Das Spektrum ist vielfältiger und unübersichtlicher geworden und gleichzeitig bietet die zunehmende Ausbreitung menschenfeindlicher Haltungen in der gesellschaftlichen Mitte die Möglichkeit, dass Szenen noch weiter und teilweise anfangs unbemerkt verschwimmen.

NIEDERSACHSEN MACHT MOBIL GEGEN DEN RECHTSRUCK IN DER GESELLSCHAFT

Mit dem neuen Landesprogramm gegen Rechtsextremismus soll die demokratische Kultur in Niedersachsen gestärkt und Maßnahmen gegen

rechts gebündelt werden. Vor allem die Zivilgesellschaft muss noch mehr gestärkt werden. Kommunen, Schulen, Vereine und Institutionen brauchen Ansprechpartner*Innen und Unterstützung. Es gilt gemeinsam mit der Zivilgesellschaft effektive Strategien gegen Menschenfeindlichkeit zu entwickeln und umzusetzen. Auch staatlich unabhängige, flächendeckende und spezialisierte Beratungsangebote für Betroffene rechter Gewalt sind Bestandteil des neuen Landesprogramms. Viel zu lange gab es in Niedersachsen kein solches Angebot. Die Opfer rechter Gewalt verdienen unsere Solidarität. Außerdem wird eine solche Stelle auch für mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion in Bezug auf rechte Straftaten sorgen. Gleichzeitig schließen wir mit der geplanten Einrichtung der wissenschaftlichen Dokumentationsstelle in Niedersachsen eine Lücke, indem wir die sozialwissenschaftliche Forschung in Bezug auf das Thema „menschenfeindliche Einstellungsmuster und Bestrebungen" und somit auch im Bereich des Rechtsextremismus deutlich stärken.

Aber besonders wichtig ist und bleibt es, auf der Straße, am Stammtisch, im Supermarkt und überall rechten Parolen entgegenzutreten, so schwer und unübersichtlich die derzeitigen Entwicklungen sein mögen. Wir stehen ein für Menschenrechte und gegen Hetze und Gewalt – konsequent und überall.

Julia Willie Hamburg ist ehemaliges Mitglied der GJN und heute Sprecherin für Antifaschismus der Grünen-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie im Vorstand des GJN-Alumnivereins.

ORTSGRUPPENTICKER: LÜNEBURG

WANN WIR UNS TREFFEN:

Jeden Donnerstag um 18 Uhr

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

- Catch me if you can, Partei! – Wie Engagement und Parteien wieder zusammen finden können
- Russland und der Westen (Roundtable Gesrpäch an der Uni)
- Vernetzungstreffen mit Stipendent_innen der Böll Stiftung

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

- Roter Fluss – Menschenrechte in Honduras (Podiumsdiskussion an der Uni)
- Wasserwerkführung der lokalen Trinkwasserversorgung der Purena GmbH in Lüneburg mit anschließender Diskussion und Fragen

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

- Podiumsdiskussion zum Engagement in Parteien
- Argumentationsworkshop gegen Rechts 18.02. 15 Uhr Neue Sülze 4. Jede_r ist herzlich eingeladen
- Treffen mit Julia Verlinden MdB am 02.03. Gespräch über energiepolitische Themen sowie BTW 2017
- Diskussion über den Umgang mit Wölfen

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

- Trump als neuer Präsident der USA
- Rechte Kommentare auf unser Facebook Seite
- Menschenrechte in Honduras
- Die Beziehung zu Russland

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Vernetzt euch gerne mit uns!

ORTSGRUPPENTICKER: GÖTTINGEN

WANN WIR UNS TREFFEN:

Mittwochs 19:00 Uhr im Grünen Zentrum Göttingen (Wendenstraße 5)

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Protestaktionen und Blockaden gegen den rechtsextremen "Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen" (FKTN).

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Nachdem die Göttinger Aktionsgruppe "Einige Autonome Blumenkinder" 2016 wieder fleißig Hanf auf den Grünflächen Göttingens ausgesäht hatte, um ein Zeichen für die Legalisierung von Cannabis zu setzen, haben wir einen Fotowettbewerb ausgerufen. Die Cannabis-Fotos wurden auf unsere Website gj-goettingen.de veröffentlicht.

Im August haben wir eine Podiusmdiskussion mit Volker Beck organisiert, in der es um Strategien für den Umgang mit Rechtspopulismus ging.

Um einen Gegenentwurf zur konventionellen Orientierungsphase für die Erstsemester der Uni Göttingen bereitzustellen, haben wir zu Beginn des Wintersemesters 16/17 einige Veranstaltungen der alternativen O-Phase organisiert. Darunter ein sozialer Stadtrundgang, ein Sprayworkshop, ein Vortrag zur Cannabislegalisierung und ein Vortrag zu alternativer Ernährung.

Am 21.11.2016 haben wir zusammen mit den Altgrünen eine Podiumsdiskussion zum Thema Tierethik organisiert. An der Diskussion nahmen die Philosophin und Tierrechtlerin Hilal Sezgin, der grüne Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Janßen (zuständig für Agrarpolitik) und der Biobauer Eberhard Prunzel-Ulrich teil.

Vier Tage später, am 25.11, fand unsere Veranstaltung zum Thema sexualisierte Gewalt statt. Dort hat eine Betroffene ihre Geschichte unter der Überschrift "Ich habe überlebt" in einer Rede erzählt. Danach wurde eine Tanzperformance aufgeführt, die das Überleben gefeiert hat. Der 25.11 ist der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen*. Mit ca. 150 Besucher*innen war es unsere drittgrößte Veranstaltung im Jahr 2016. Größer war nur die Cannabis-Veranstaltung (circa 200 Teilnehmende) und eine Podiums-diskussion zum Thema Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen am 25.5.2016 mit Meta Janssen-Kucz und Vertretern von GdP, amnesty international und SPD (etwa 180 Teilnehmende).

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Zur Zeit planen wir unser "Familienseminar", ein gruppeninternes Wochenende, an dem wir diskutieren, voneinander lernen und uns besser kennenlernen wollen. Es wird spannend, da unsere Gruppe in letzter Zeit viel Zuwachs bekommen hat.

Am Wochenende vor dem 8. März, dem Frauenkampftag, planen wir mit anderen Göttinger Gruppen eine Demonstration.

Unser vielleicht medienwirksamstes Projekt ist die Planung einer Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz und das LKA. Es geht dabei um die Abfrage, ob die Behörden persönliche Daten über die teilnehmenden Personen gespeichert haben. Unterstützt werden wir vom LaVo, von den Jusos und den Göttinger Grünen. Mit der Aktion wollen wir unsere Kritik am VS und anderen Überwachungsbehörden deutlich machen, die immer wieder ungerechtfertigterweise antifaschistisches Engagement und andere Proteste ins Visier nehmen. Derzeit gibt es in Göttingen ungefähr 80 Verfahren gegen aktive Antifaschist*innen, die sich der Hetze der Neonazigruppierung "Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen" entgegengestellt haben. Auch für Euch gibt es die Möglichkeit, dieses Vorhaben zu unterstützen: Alles, was Ihr dafür tun müsst, ist ein paar Dokumente ausfüllen und eure Personalausweise einscannen. Auf der Landesmitgliederversammlung wird dazu ein Scanner bereitgestellt - kopiert in Scharen, denn je mehr Teilnehmende, desto besser! Wenn es fragen dazu gibt, könnt ihr uns natürlich schreiben (goettingen@gj-nds.de) oder einfach auf der Landesmitgliederversammlung ansprechen.
Wir möchten außerdem ein Pfandsystem-Projekt gegen die Einwegbecherflut unterstützen, das demnächst in Göttingen startet. Dazu suchen wir den Kontakt mit den Organisator*innen.
Des Weiteren hatten wir dafür gesorgt, dass die Gründung eines Jugendparlamentes im Kommunalwahlprogramm der Partei stand. Dieses Projekt gehen wir demnächst gemeinsam mit der Stadtratsfraktion an. Vermutlich wird uns der Stadtjugendring (SJR) dabei unterstützen.
Viele von uns freuen sich auf die Landesmitgliederversammlung im März!

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Die Aktionen gegen den "Freundeskreis" (FKTN), unsere Veranstaltungen und die alltägliche Politik, die uns zumeist gegen den Strich geht (siehe unsere Pressemitteilungen), wie z.B.Der Shitstorm gegen Simone Peter, dass Cem Özdemir Spitzenkandidat wurde und die Grünen damit noch weiter nach rechts rücken, ...

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Hanfsamen. Hihihihi

REZEPT: GRÜNKERN-GEMÜSE LASAGNE

ZUTATEN:

- Lasagneplatten
- eine große Flasche grob passierte Tomaten
- Gemüse nach Wahl, z.B. Aubergine, Zucchini, Möhren, Pilze oder Brokkoli
- 100g geschroteten Grünkern
- Salz, Pfeffer, Gemüsebrühe
- Rosmarin, Basilikum und andere Gewürze je nach Geschmack

SO WIRD'S GEMACHT:

Den Grünkernschrot in einem Topf ganz kurz leicht anrösten, dann mit ca. 400ml Gemüsebrühe auffüllen, kurz aufkochen lassen und quellen lassen (ca. 15-20 Minuten). In der Zwischenzeit das Gemüse schälen, klein schneiden und mit etwas Olivenöl einige Minuten lang in einer Pfanne andünsten. Den Grünkernschrot in die Pfanne geben, kurz mit anbraten und dann die passierten Tomaten dazu geben. Alles wenigen Minuten leicht köcheln lassen und gut würzen und abschmecken.
In einer Auflaufform die Lasagneplatten und den Pfanneninhalt schichten. Ganz obendrauf kommt Hefeschmelz anstelle von Bechamelsauce.
Das Ganze bei 200 Grad Ober- und Unterhitze in den vorgeheizten Ofen schieben und ca. 30 Minuten lang backen. – Fertig. :)

Quelle:
https://veganesnom.wordpress.com/2012/08/18/grunkern-gemuse-lasagne/

ORTSGRUPPENTICKER: UELZEN

WANN WIR UNS TREFFEN:

Alle 2 Wochen dienstags um 17.00 Uhr.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Im Moment planen wir ein Festival gegen Rassismus und einen Bezirksthementag. Außerdem wollen wir mit einer Aktion auf vegane Ernährung aufmerksam machen.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Donald Trump als neuer US-Präsident und die neuen Rechten, Drogenpolitik, der Umgang mit der AfD und die Frage, wie wir mit den Wölfen umgehen sollen.

ORTSGRUPPENTICKER: BREMEN

WANN WIR UNS TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Lagerhaus Bremen. Für Alle offen – kommt gerne dazu!

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

An den Aktionswochen gegen Antisemitismus.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Wir haben eine Veranstaltung zum „Thema Pinkwashing Israel?!" auf die Beine gestellt und das Gedenk- und Erinnerungsseminar in Braunschweig mitorganisiert.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Spannende Aktionen zum Bundestagswahlkampf. Im März wollen wir uns für ein paar Tage zusammensetzen und konkrete Ideen ausarbeiten – eine Art Mini-Klausur quasi. Außerdem steht unsere Vorstandsneuwahl an.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

In aller erster Linie der Vormarsch des Rechtspopulismus – ob in den USA, Frankreich oder Deutschland. Wir denken, hier in Deutschland sind wir dort schon einmal falsch abgebogen und wohin das geführt hat, da wollen nie wieder hin!

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Daran anschließend: Was entgegnen wir Menschen, die sich von Rechtspopulist*innen angesprochen fühlen? Was sind unser Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit, wie denkt sich eine vielfältige, solidarische und nachhaltige – eine lebenswerte Gesellschaft?

Die Antworten sind da und wir, die linksliberalen Kräfte der Gesellschaft, leben und kennen sie.

Wir sollten gemeinsam in Aktion treten und unsere Vorstellungen selbstbewusst formulieren. Denn nur wenn wir überzeugen, werden wir als Gesellschaft in die richtige Richtung abbiegen – und dafür lohnt es sich aufzustehen!

ORTSGRUPPENTICKER: BRAUNSCHWEIG

WANN WIR UNS TREFFEN:

Jeden Donnerstag um 18.30 Uhr.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Wir haben unsere Kandidatin Lisa-Marie im Kommunalwahlkampf erfolgreich unterstützt und sind gerade dabei unsere Präsenz vor Ort zu verstärken.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Unsere Weihnachtsfeier, einen Spielabend und politische Diskussionsrunden.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Eine Coffee-To-Go-Aktion sowie eine Aktion am 1.Mai. Ebenfalls planen wir zusammen mit anderen Ortsgruppen einen Bezirksthementag zum Thema Bildung.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Die Konsumgesellschaft, Wirtschaftspolitik und Drogenpolitik.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Lasst Spiel und Spaß in euren Ortsgruppen nicht zu kurz kommen! ;-)

ORTSGRUPPENTICKER: OSNABRÜCK

WANN WIR UNS TREFFEN:

Wir treffen uns jeden Montag um 18.30 Uhr. Dabei treffen wir uns abwechselnd in Osnabrück und in Bramsche, da wir auch die GJ des Landkreises Osnabrück sind.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Da wir uns gerade erst wieder neu gegründet haben, haben wir bisher kaum an Aktionen teilgenommen. Wir waren aber auf dem Nord-West-Vernetzungstreffen und hoffen auch in diesem Kreis, weiterhin coole Aktionen realisieren zu können.
Außerdem begleiten wir die Arbeit der Altgrünen kritisch und sind stachlig wann immer möglich.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Wir haben einiges vor. Wir wollen einen Gedenkstättenbesuch im Gestapo-Keller Osnabrück organisieren, werden am Aktionstag gegen Rassismus teilnehmen und planen weitere Stand- und Podiums-veranstaltungen sowie Aktionen.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Bleibt stachelig!

REZEPT: VEGANES CURRY

Reis (Portionsangaben auf Packung) zunächst mit Öl und Gewürzen im Topf anbraten, dann nach Packungsanweisung kochen.
Möhren in Scheiben oder Würfel schneiden und anbraten (nach Belieben mit etwas Sojasoße würzen).
Als nächstes Gemüse nach Wahl schneiden und zu den Möhren in die Pfanne geben. Empfohlen werden Zuckerschoten, Paprika, Brokkoli oder Blumenkohl, Zucchini, Spinat.
Wenn das Gemüse etwas angedünstet ist, Kokosmilch dazu geben und mit Curry, Salz und Pfeffer würzen.
Weiterhin kann mit Kurkuma, Koriander oder Kreuzkümmel gewürzt werden. Als Topping können Frühlingszwiebeln verwendet werden.

ROSEMARY_VEGAN

ORTSGRUPPENTICKER: HILDESHEIM

WANN WIR UNS TREFFEN:

Wir treffen uns jeden Dienstag ab 16 Uhr bzw. 18.30 Uhr (jeweils im Wechsel) im Grünen Büro in Hildesheim (Am Ratsbauhof 1C).

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Wir haben an einer Demo gegen Abschiebungen nach Afghanistan (Hildesheim) teilgenommen sowie an einem feministischen Seminar der Jusos und einer Pro-Kurdistan Demo in Hildesheim.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Unsere bisher letzte Aktion war eine Veganismus-Aktion. Wir haben veganen Kuchen sowie selbstgestaltete Flyer inkl. Rezept für veganen Schokokuchen in der Hildesheimer Innenstadt verteilt.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Im Moment planen wir eine super coole Aktion zum Weltfrauentag am 8.3. sowie eine Aktion gegen das Tanzverbot am Osterwochenende, steckt aber alles noch in der Planungsphase. Außerdem steht am 17. Mai wieder der Internationale Tag gegen Homo-, Bi- und Trans*phobie (IDAHoBiT*) an, den wir voraussichtlich wie letztes Jahr gemeinsam mit Jusos und Julis mit einem Rainbowflash feiern möchten.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Da wir eine sehr große Gruppe mit vielen Neulingen und einigen Erfahrenen sind (insgesamt pro Sitzung zwischen 15-25) stand für uns in letzter Zeit einmal einiges an Strukturarbeit sowie GJ-interner Bildungsarbeit an, um keine allzu großen Hierarchien aufkommen zu lassen. Aktuell beschäftigen wir uns viel mit dem Thema Kommunalpolitik und treffen uns auch deswegen bald mit grünen Vertreter*innen aus den Kommunalparlamenten um über ihre Arbeit zu erfahren und junggrüne Impulse vor Ort setzen zu können.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Lasst uns gemeinsam 2017 zu einem erfolgreichen Wahljahr gegen die rechten Hetzer*innen und für eine progressive Politik machen! Wir sind super motiviert, ihr auch?

ORTSGRUPPENTICKER: HANNOVER

WANN WIR UNS TREFFEN:

Mittwochs, 18.00 Uhr im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Wir haben uns im Bündnis „Aktiv gegen Rassismus" eingebracht: Einige von uns waren an einer Aktion beteiligt, bei der eine Gruppe eine AfD-Kundgebung mit Frauke Petry unterwandert hat. Außerdem haben wir einen Demonstrationsaufruf der „Animal Climate Action" anlässlich der Tierhaltungsmesse „EuroTier" unterstützt und waren auch auf der Demo vertreten. Weiterhin haben wir vor dem Landtag für eine Legalisierung von Cannabis geworben.

An einer sehr einseitig besetzen Podiumsdiskussion zum Thema Fracking in einem Techniksalon der Uni (es waren sich eigentlich alle Wissenschaftler*innen einig, dass die Risiken von Fracking maßlos überschätzt werden) haben wir teilgenommen und Plakate mit Zitaten bekannter Persönlichkeiten oder Institutionen aufgehängt, die vor den Gefahren für Mensch und Klima durch Fracking warnen.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Neben unserer grandiosen Jahresendfeier haben wir vielen spannende Themenabende im Plenum gehabt: Einen mit Bundessprecherin Jamila zur Geschichte der Arbeitskämpfe, einen mit Florian zu Sozialpolitik, einen mit MdL Helge Limburg zum Verfassungsschutz, einen mit Landessprecher Marcel zu Rentenpolitik und einen mit MdL Volker Bajus zu Fracking. Außerdem haben wir Sticker drucken lassen, die auf fahrradunfreundliche Ampeln hinweisen.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Neben einem Themenabend mit Michael Gwosdz zum Thema G20 (in Hamburg) planen wir weitere Veranstaltungen rund um den G20 Gipfel. Die Liste an weiteren geplanten Themenabenden ist schon jetzt lang und jede Woche kommen neue Ideen dazu.

Bald findet außerdem unser Bezirksthementag zum Thema Bildung statt, bei dessen Planung wir uns natürlich einbringen. Außerdem wollen wir in intensiveren Austausch mit den Jugendverbänden der anderen beiden KoalitionspartnerInnen der Grünen in Hannover gehen: Den JuLis und den Jusos. Ein ersten Treffen ist hierfür bereits in Planung.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

In den letzen Wochen vor Allem das Thema Fracking beschäftigt: Durch den Workshop und unsere Aktion beim Techniksalon. Wirklich bewegt haben uns aber wohl vor allem bundes- und weltpolitische Themen: Die Urwahl und der Amtseinführung von Trump sind nur zwei Beispiele dafür.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Ladet gerne auch mal Referent*innen zu eurem Plenum ein - das ist immer eine Bereicherung. Gerne seid ihr auch eingeladen uns jederzeit zu besuchen!

ORTSGRUPPENTICKER: LEER

WANN WIR UNS TREFFEN:

Wir haben leider keinen festen Termin, falls ihr aber etwas mit uns (persönlich) besprechen wollt und dafür gerne ein Treffen veranschlagen möchtet, meldet euch doch unter unserer Mailadresse gruene-jugend@grueneleer.de und wir richten etwas ein.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:

Unsere maßgeblichen Projekte der letzten Zeit umfassen vor allem die Regionalvernetzung inklusive Vernetzungstreffen im Bereich Ostfriesland und Weser-Ems. Dort haben wir mit viel Freude z.B. an einer Spontan-Demo gegen den Klimawandel teilgenommen.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT:

Im Vorfeld der niedersächsischen Kommunalwahl 2016 haben wir in einer Aktion grüne Störerplakate gegen die AfD im Gebiet unseres Kreises aufgehangen.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN:

Wir haben vor, in den kommenden Monaten die regionalen Beziehungen in Ostfriesland, mit Oldenburg und im gesamten Weser-Ems-Bereich zu vertiefen und planen deshalb die Teilnahme an einem Nord-West-Vernetzungstreffen und einem Bezirksthementag.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Nicht nur bundespolitische – wie z.B. die Bundestagswahl – oder parteiliche Themen – wie z.B. die Urwahl werden bei uns leidenschaftlich diskutiert. Auch (kritische) regionale Themen wie der Bau der Küstenautobahn A20 oder die Zentralisierung der Krankenhäuser im nördlichen Ostfriesland. Sowieso halten wir regionalen Zusammenhalt für unverzichtbar, deswegen liegt unser Fokus auf der vielfach erwähnten regionalen Vernetzung. Aber auch Themen wie die Mitgliederanwerbung sind immer wieder Mittelpunkt unserer Treffen.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN:

Als kleine Ortsgruppe ist unser Motto in erster Linie „Je mehr, desto besser." Sprich: Je mehr Personen teilnehmen, desto besser wird die Aktion. Dabei brauchen die Teilnehmer gar nicht aus der Gegend kommen; über Unterstützung von weiter weg freuen wir uns umso mehr.

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: buero@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de

IBAN: DE53251205100008431500
BIC: BFSWDE33HAN
Bank für Sozialwirtschaft

Redaktion
Svenja Appuhn, Hendrik Drößler, Katharina Holube, Gregor Kreuzer, Mariel Reichard und Oskar Wohne

Druck
Umweltdruckerei Hannover

Auflage
600 Stück

Copy Left
Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free
Document License (NGNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Quelle der Bilder auf S. 33-36: Ingrid und Werber Lowin

klimaneutral
natureOffice.com | DE-275-620225
gedruckt

WAS SIND DENN EIGENTLICH DIE GJHB UND GJN?

GHJB und DJN, das sind die Landesverbände der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen und Bremen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene bis 28 politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine. Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei und tragen junge Positionen in die Gesellschaft. Die GJ ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Wir bündeln und vernetzen Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen und Bremen. Dazu gehören unsere Landesmitgliedersammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen. Das spricht dich an? Dann komm zur GJHN oder GJN!